Donnerstag, 31. Januar 1924. Einzelnummer 150000 Mark. 63. Jahrgang. Nr. 25.



Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsst. 4 800 000
bei den Ausgabest. 5 000 000
durch Zeitungsb. 5 200 000
durch Post . . . 5 512 000
einschl. Postgebühren
ins Ausland 8 000 000 p. M.
in deutscher Währg. nach Kurs

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens. 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M. *) Reklameteil 200 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Fernspr. 2273 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Verschwörung der polnischen Faszisten und der Sejm.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Warschau, 30. Januar. Die Dringlichkeitsanträge der Sozialisten und der „Wyzwolenie" kommen heute nicht zur Verhandlung. Trotzdem schwebt die ganze Angelegenheit über dem Sejm, dessen Beratungen über die Militärpflicht eintönig und ohne besonderes Interesse auszulösen, dahinfließen. Die Verschwörungsangelegenheit beginnt nun derartig weite Kreise zu ziehen, daß man nicht mehr weiß, wo sie beginnt, und noch weniger, wo sie aufhört. Es wird nun behauptet, daß fast alle Organisationen der Rechten mehr oder weniger in die Sache verflochten sind. Man findet Zusammenhänge mit den Haller-Organisationen, was ja nicht verwunderlich wäre. Man braucht sich nur der Rolle zu erinnern, die der General Haller während der Putschversuche gespielt hat, die der Vereidigung des dann ermordeten Staatspräsidenten Narutowicz vorangingen. Auch die Sokols, der Nationale Selbstschutz, und wie alle diese Verbände heißen, scheinen in die Sache verflochten. Das Treiben dieser Bünde, die ihre öffentlichen Übungen abhielten, ist ja schon seit langem kein Geheimnis, nur weiß eigentlich niemand so ganz genau, wo sie aufhören rein patriotische Schaustellungen zu sein, und wo sie beginnen, offen oder geheim auf den Umsturz hinzuarbeiten.

Von seiten der linken Gruppen wird nun mit aller Energie auf die Notwendigkeit der Feststellung und Bestrafung der Schuldigen hingewiesen. Aber auch die Linken haben ihre Schützenkorps, die sich mitunter als recht schlagfertig erweisen. Man braucht dabei nur an die Aufruhrvorgänge in Krakau zu denken. Der Unterschied ist nur der, daß die Linke gewissermaßen als Hemmschuh für die Umsturzbestrebungen von rechts, und also ein Schutz für Verfassung und parlamentarische Einrichtungen bildet. Aber Schützengesellschaften sind und bleiben immer eine Nebenmacht der Regierung, selbst dann, wenn ihre Bestrebungen parallel gerichtet sind. Alles das sind die Atavismen der in Jahrhunderten in Polen geübten Verschwörertätigkeit, und es wird ernsten Gesundungswillens bedürfen, um diese am Staate fressenden Erscheinungen aus der Welt zu schaffen. Aber immer wieder muß betont werden, daß die auf den Umsturz gerichteten und teilweise gänzlich unreifen, selbst von Königsträumen genährten und oft wirren Absichten geleiteten Pläne der extremen Rechten direkt staatsfeindlich und daher unter allen Umständen gefährlich und verderblich sind.

Der Antrag der „Wyzwolenie" und der Sozialisten zeigt aber, wie schwer oder gar unmöglich es sein wird, dieses Übel zu bekämpfen. Denn es scheint fast, als ob halb Polen an der Verschwörung beteiligt sei. Der Antrag weist zunächst einmal, wie auch wir das schon getan haben, darauf hin, daß der Innenminister Kiernik alles Material über diese Gesellschaften besaß und doch nicht gegen sie einschritt. Wird man also zur Untersuchung gegen Herrn Kiernik schreiten? Welchen Abgeordneten im Sejm gibt es, der wirklich an eine solche Möglichkeit glaubt? Dann waren die obersten Polizeiorgane genau über die Übungen und andere Tätigkeiten der Verschwörergruppen orientiert. Aber erinnert man sich nicht daran, welche Rolle der Polizeikommandant von Warschau bei den Dezemberputschversuchen des Jahres 1922 in Warschau gespielt hatte, und welchen unauslöschlichen, selbst durch seine späteren deutschfresserischen Reden in Posen nicht auslöschbaren Haß der Rechten sich Sikorski zugezogen hatte, als er im ersten Eifer seiner neuen Würde als Ministerpräsident hier mit eisernem Besen Auskehr hielt? Wird sich Herr Grabski, der von den Stimmen der Rechten abhängt, wirklich einer ähnlichen mutigen Arbeit unterziehen wollen? Der am meisten bloßgestellte Chef der Regierungspolizei, Gostyński, wird allenfalls für einige Monate verschwinden und dann in irgendeiner neuen Stellung still und anmutig wieder auftauchen. Der Kultusminister Głąbiński und der Kriegsminister Szeptycki des verflossenen Kabinetts werden vermutlich dartun, daß sie ganz unverbindliche Unterredungen mit den Führern der Verschwörung geführt hatten, und es ist kaum anzunehmen, daß sich eine Mehrheit im Sejm findet, die ihre Auslieferung an die Gerichte durchsetzt. Ist es ihnen doch gelungen, einen der Ihrigen, den General Wroczyński, an die hohe Stelle eines Militärkontrolleurs in das Kriegsministerium zu bringen. Nun ist der General verhaftet worden, der schon durch seine leidenschaftliche Stellungnahme gegen Piłsudski sich allen möglichen Ruhm bei der Rechten erworben hat.

Noch einschneidender und daher wohl noch wirkungsloser ist der Antrag der Sozialisten. Er stellt die Frage auf, wie es möglich war, daß die Priester Godlewski und Draczewski ohne Wissen ihrer vorgesetzten kirchlichen Behörden, in den verschiedenen Kirchen den Verschwörern die Eide abnahmen. Der Leiter der ganzen Gesellschaft, Pękosławski, hatte sich in einem Briefe an den Erzbischof Kakowski gewandt und von ihm die Erlaubnis erbeten, in den Kirchen die Eideshandlung vornehmen zu dürfen. Der Antrag weist darauf hin, daß die Antwort auf dieses Gesuch unbekannt geblieben sei. Wieweit aber diese Interpellation in die innen- und außenpolitischen Verhältnisse Polens eingreift, ergibt sich schon daraus, daß die Sozialisten gleichzeitig die Frage aufwerfen, wie es mit den Verhandlungen zum Abschluß des Konkordates mit Rom stände.

Die Sejmsitzung vom 29. Januar

brachte kaum irgend ein neues Moment in die Debatte über das Militärdienstpflichtgesetz. Der Kriegsminister hielt an den zwei Jahren Dienstzeit fest. Lieberman, im Namen der Sozialisten, an einem Jahre. Schließlich wurde die Debatte vertagt. Von seiten der Wyzwolenie und der Dąbski-Gruppe wurde der Antrag gestellt, die litauische Schule in Wilna zu schließen, ein politisch kaum sehr kluger Antrag, der die ohnehin schon sehr gespannten Beziehungen zu Litauen kaum verbessern wird. Und diese Besserung des Verhältnisses zu Litauen wäre doch gerade in diesem Augenblicke sehr wünschenswert, wo Litauen sich bestrebt, in der Kownoer Konferenz ein Konkurrenzunternehmen zu der Konferenz der Baltenstaaten in Warschau zu schaffen, die nun gegen Ende Februar endlich stattfinden soll. Der Antrag wurde glücklicherweise mit 9 Stimmen Mehrheit abgelehnt, aber dieses Resultat kam nur zustande, da die größere Zahl der Mitglieder des Sejm nicht mehr im Saale anwesend war.

Der Kommissar für öffentliche Kredite und Ersparnisse.

Wie schon an anderer Stelle gemeldet wurde, nahm der Ministerrat in seiner Montagssitzung eine Verfügung an, die die Einsetzung eines außerordentlichen Kommissars für Angelegenheiten öffentlicher Kredite und Ersparnisse beim Finanzministerium betrifft. Die Einsetzung verfolgt den Zweck, die Darlehnsaktion des Staates zu entfalten, in der Tätigkeit der staatlichen und vom Staate subsidierten Kreditinstitutionen Planmäßigkeit und Einheitlichkeit zu erzielen und die öffentliche Spartätigkeit zu wecken und zu organisieren. Der Kommissar kann bürgerliche Faktoren zur Mitarbeit berufen und hat das Recht, sich direkt an alle Behörden, gemeinnützige Institutionen und an Privatpersonen um Informationen in Fragen zu wenden, die in seinen Tätigkeitsbereich fallen. Der Kommissar untersteht direkt dem Finanzminister. Für den Kommissarposten ist Professor Roman Rybarski vorgesehen.

Hilton Young ist unzufrieden.

Unser Warschauer Sonderberichterstatter schreibt uns:

Der englische Finanzberater Hilton Young forderte von der polnischen Regierung die Einsicht in eine Anzahl von Dokumenten, deren Kenntnisnahme er zur Beurteilung der wirtschaftlich-finanziellen Lage Polens für unerläßlich hielt. Der Ministerpräsident und Finanzminister Grabski berief sich darauf, daß er hierzu der Ermächtigung des Staatspräsidenten bedürfe, und dieser lehnte den Hilton Youngschen Antrag ab, natürlich nicht ohne sich mit dem Ministerpräsidenten verständigt zu haben. Hierdurch ist offenbar eine neue Verstimmung des englischen Finanzberaters entstanden, der seine Absicht angekündigt hat, nun Polen endgültig zu verlassen. Es wäre interessant zu erfahren in wieweit sich die Franzosen über dieses Ereignis, schon bevor es eingetreten ist — „auf dem Laufenden gehalten haben."

Deutschland und Polen stellen die Ausweisungen ein.

Aus Warschau wird gemeldet: Der deutsche Gesandte Rauscher stattete am Dienstag dem Ministerpräsidenten Grabski einen Besuch ab. Er erklärte, daß die deutsche Regierung bereit sei, den entfernten polnischen Bürgern Entschädigung zu leisten. Dafür solle die polnische Regierung ihrerseits die letzten Gegenmaßnahmen einstellen bis zu den Verhandlungen, die die deutsche Regierung über die Entschädigungsfrage aufzunehmen vorschlägt. Ministerpräsident Grabski verstand sich sowohl auf die derweilige Einstellung der Ausweisungen, als auch auf die sofortige Aufnahme von Entschädigungsverhandlungen.

Zu der Ausweisung polnischer Staatsbürger aus Bayern

wird von deutscher Seite noch gemeldet: Bei den aus Bayern ausgewiesenen polnischen Staatsangehörigen handelt es sich zum größten Teil um Leute, die sich während der Inflationszeit niedergelassen haben und lediglich von Devisengeschäften gelebt hatten. Seit der Stabilisierung der deutschen Mark ist ihre Verdienstmöglichkeit fortgefallen und sie sind arbeitslos. Zum andern Teil sind es Leute, die sich strafgesetzliche Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen.

Was die polnischen Landarbeiter betrifft, die Mecklenburg verlassen mußten so wird wie früher schon einmal, darauf hingewiesen, daß es sich um Saisonarbeiter handelt, die nur für die Erntearbeiten nach Deutschland gekommen und die nach den mit ihnen abgeschlossenen Verträgen zur Rückkehr nach Polen verpflichtet sind, sobald ihre Arbeit beendet ist. Sie würden jetzt, wenn sie in Deutschland blieben, nur das Heer der Arbeitslosen vermehren. Sie sind garnicht ausgewiesen worden, sondern sie hätten vertragsmäßig die Rückreise nach Polen schon vor längerer Zeit antreten sollen. Sobald bekannt wurde, daß in Polen wegen der Rückreise dieser Leute Schwierigkeiten gemacht würden, ist ihre Abreise vorläufig eingestellt worden.

Von den Kaschuben

berichtet eine Zuschrift an die „Gaz. Bydgoska":

„In den fünf Jahren des Bestehens Polens hat sich das Gefühlsverhältnis der Kaschuben zu Polen verschlechtert. Auch früher endete für sie die Heimat in Neustadt (Wejherowo), — wenn es hoch kam, in Thorn oder Bromberg, und die Eroberer waren die Deutschen. Jetzt führen sie untereinander solche Reden, als wenn die Polen für sie Eroberer wären. Früher beklagten sie sich über den Ostmarkenverein, der ihnen Sprache, Glauben und Land entriß. Wenn jetzt ein „anderer Pole" sich in Pommerellen niederläßt und sich dort ein Häuschen oder ein Gütchen kauft, dann sind sie überzeugt, daß er das Geld dazu von einem „Warschauer Ostmarkenverein" erhält. Man hört immer häufiger böse, feindliche Worte. Natürlich nicht bei amtlichen Paraden, wo Generäle und Fischer Küsse wechseln und wo polnische Patrioten mit einer Träne im Auge den Kaschuben dafür danken, daß sie das Meer für Polen gerettet haben. Aber später, am nächsten Tage. Man hört seltsame, höchst seltsame Worte . . ."

Aus den Baltenstaaten.

Das neue lettische Kabinett.

Das neue lettische Kabinett ist ein Kabinett der Rechten. Es setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident, Außenminister und Justiz Rechtsanwalt Samuel, Finanzen Kalnin, Verkehr Kauluk, Krieg Birkenstein, Landwirtschaft Bauer, Kultus Strausberg.

Gegen die radikale „Agrarreform".

Wie die lettische Presse meldet, hat der Antrag auf Enteignung von Landwirten ohne Entschädigung wenig Aussicht im lettischen Sejm durchzukommen. Er wird also nicht einer Volksbefragung zur Entscheidung unterworfen werden.

Amerika, England und die französischen Kredite.

Das wichtigste und in seinen Wirkungen am weitesten reichende Ergebnis des Weltkrieges ist neben der Vernichtung der politischen und militärischen Macht Deutschlands die allgemeine Verschuldung der europäischen Staaten an Amerika. Der wirtschaftliche und finanzielle Schwerpunkt der Welt hat sich offenbar von London nach Neuyork verschoben.

Von allen europäischen Staaten hat sich allein England auf Drängen der Vereinigten Staaten bereit gefunden, mit der Abzahlung seiner Schulden zu beginnen. Das stolze Albion war sonst gewohnt, seine Staatsschulden allenfalls mit 2 bis $2\frac{1}{2}$ Prozent zu verzinsen. Dem noch stolzeren und auf seinen Schein bestehenden „Uncle Sam" aber mußte es eine 3 resp. $3\frac{1}{2}$ prozentige Verzinsung zugestehen. Mit dem Abschluß dieser Regelung wurde der von England in der Balfour-Note vom 1. August 1922 eingenommene Standpunkt, wonach die Frage der englischen Kriegsschuld an Amerika im Zusammenhang mit der gesamten internationalen Schuldverpflichtung gelöst werden sollte, aufgegeben. Die praktische Folgerung ist, daß nunmehr die an Amerika verschuldeten Staaten mit Rücksicht auf ihre Steuerzahler ebenfalls auf Rückzahlung der von ihnen an andere Staaten gegebenen Darlehen bestehen müssen.

Die Vereinigten Staaten ihrerseits, von Englands Bereitwilligkeit zur Schuldenzahlung zufriedengestellt, erwarten und wünschen nun von ihren anderen Schuldnern, unter denen Frankreich an erster Stelle steht, ein gleiches Entgegenkommen.

Die Summe der Schulden Frankreichs an die Vereinigten Staaten beträgt 3,7 Milliarden Dollar. Zum ersten Mal hat die französische Regierung Ende Juli 1923 10 Millionen Dollar an Zinsen an die amerikanische Regierung abgeführt. Diese vereinzelte Zahlung aber hat nur das Verlangen nach mehr geweckt.

Schon längere Zeit wird unter diesem Gesichtspunkt in Amerika heftige Kritik an Frankreich geübt, wobei sich vor allem einzelne Senatoren, die auf Unabhängigkeit des Denkens Wert legen, hervortun. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ist durch die Presse außerordentlich nivelliert und uniformiert worden, doch einzelne aus der allgemeinen Ebene hervorragende Männer zeichnen sich dort durch um so größere Vorurteilslosigkeit und um so weiteren Blick aus. Es handelt sich um eine Gruppe von Senatoren, die schon vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg warnten und damals in der heftigsten Opposition gegen die breite Masse der Bevölkerung und der Abgeordneten stand.

Jetzt steht vor allem der Senator von Idaho, Borah, in der Frage der französischen Schulden auf einem besonders strengen Standpunkt. Borah hatte schon 1922 erklärt: „Die Schulden der europäischen Länder an die Vereinigten Staaten haben für uns nur insofern Wert, als sie als Waffe dienen können, um einer Ausbreitung des Militarismus in Europa zuvorzukommen. Wenn ich nicht überzeugt wäre, daß unsere Schuldner mit allen verfügbaren Geldern enorme Rüstungen zu Wasser und zu Lande vorbereiten würden, so würde ich morgen für Annullierung stimmen."

Gegen die Ruhrbesetzung erhob wieder Borah und mit ihm andere Senatoren, darunter La Follette, der auch seinerzeit den Eintritt Amerikas in den Krieg aufs heftigste bekämpfte, die Stimme. In derselben Richtung wirkte ein Teil der Presse, nämlich die in deutscher Sprache erscheinenden Blätter und die Hearst-Presse. Die deutsch-amerikanische „Chicagoer Abendpost" schrieb im Februar 1923: „Wie kommt das „arme" Frankreich dazu, sich so ein kostspieliges Heer zu Eroberungszwecken zu halten, wenn es nicht einmal seine Schulden bezahlen kann . . . . Das Geld, das Frankreich für die Besatzung des Ruhrgebietes verbraucht, gehört von Rechts wegen den Vereinigten Staaten, und diese sollten darauf bestehen, daß es unverzüglich an sie abgeführt werde." In dieselbe Kerbe schlug die in englischer Sprache geschriebene und vom amerikanischen Mittelstand viel gelesene Hearst-Presse, vor allem der „New York Americain", der im August 1923 Frankreich vorwarf, daß es, anstatt an die Abtragung seiner ungeheuren Schulden an Amerika und England zu denken, 18,66 v. H. seines Budgets zur Unterhaltung des Heeres verwende, während England nur 9,52 v. H., die Vereinigten Staaten nur 7,75 v. H. ihres Budgets für militärische Zwecke bestimmt hätten. Da der Völkerbund und das Haager Schiedsgericht anscheinend machtlos seien, so sei es an der Zeit, „daß Amerika gegenüber der Tollheit und Unverschämtheit der französischen Militaristen sich Gehör verschaffe." Derartige Stimmen sind nicht vereinzelt.

Frankreich zahlt nicht einmal seine Zinsen, geschweige daß es an Rückerstattung der Kapitalien denkt. Es rüstet

1 Dollar	=	10 000 000 Mkp.
1 Valorisierungsfrank	=	1 900 000 Mkp.
1 Danziger Gulden	=	1 610 000 Mkp.
1 Goldmark	=	2 385 000 Mkp.

nicht nur selbst, sondern liefert auch noch anderen Staaten die Ausrüstung für ihre Heere. Und dieser Umstand gerade hat den Sturm von neuem und mit noch größerer Heftigkeit heraufbeschworen.

Wieder war es Senator Borah, der den Vorstoß leitete. In der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten in Washington ergriff er das Wort, um Vorwürfe gegen Frankreich zu richten, das zwar Geld genug habe, um anderen Staaten Hunderte von Millionen zu borgen, aber nicht einmal die Zinsen seiner amerikanischen Schuld abtrage.

Dieser Gedanke hat wegen seiner außerordentlichen Klarheit und Überzeugungskraft großen Eindruck gemacht und wie eine neue Offenbarung gewirkt und zunächst in England ein dankbares Ohr und Nachahmung gefunden. Unter Übergehung aller übrigen Stimmen erinnern wir hier nur an Lloyd Georges letzten Wochenartikel, in dem er mit wahrhaft verblüffender Grobheit über Frankreichs Politik der Ausrüstung der kleinen mitteleuropäischen Staaten herfiel. Auch die Regierung Baldwin hat an dem Doppelspiel Frankreichs Anstoß genommen und sich noch einige Wochen vor ihrem Rücktritt zu einer diplomatischen Tat aufgerafft. Polen, Tschechoslowakei und Südslawien wurde freundschaftlich gefragt, was die französischen Anleihen bedeuten und ob die Priorität des englischen Zinsendienstes ihnen gegenüber feststehe.

Durch diese kritische Haltung Englands ließ sich Rumänien neben anderen Gründen bestimmen, die ihm zugedachte französische Anleihe abzulehnen.

In Polen wurde zwar die Nachricht von einem englischen Schritte halbamtlich (durch die Polnische Telegraphen-Agentur) dementiert, die Presse aber verriet, daß der betreffende Schritt zwar nicht in Warschau, aber in London beim dortigen polnischen Gesandten erfolgt sei.

Die von Senator Borah ausgegebene Parole, die Frankreich die Ausrüstung kleiner Völker bei Vernachlässigung der Begleichung der eigenen Schulden zum Vorwurf macht, hat Aussicht, sich in der Vorstellung der Welt festzusetzen und eine für Frankreich dauernd ungünstige Wirkung zu üben. In Frankreich selbst erweckte diese Entwicklung der öffentlichen Weltmeinung im Zusammenhang mit dem Sturz des Franken ernste Befürchtungen. Der frühere Finanzminister François Marsal, der jetzt als Millerands Kandidat für den Ministerpräsidentenposten im Falle des Sturzes Poincarés genannt wird, ergriff in einem Zeitungsartikel das Wort, um darauf hinzuweisen, daß der Fall der französischen Valuta eine Folge der Erschütterung des Vertrauens der Welt zur französischen Politik sei, wobei er an die Washingtoner Debatte in der Senatskommission für Äußeres erinnerte und sie das erste Anzeichen jenes Mangels an Vertrauen nannte.

Polen und die französischen Kredite.

Der „Kurjer Polski" spricht in Nr. 27 über die Stellungnahme Polens in dieser Angelegenheit: „. . . Wir meinen jedoch, daß es von unserem Außenministerium nicht richtig war, Frankreich die ganze Last dieses politischen Prozesses zu überlassen, soweit er sich öffentlich abspielt . . . Es sieht das so aus, als ob uns die ganze Sache nichts anginge oder als ob wir unsererseits nichts dazu zu sagen hätten. Die Sache geht uns aber außerordentlich an, mittelbar und unmittelbar . . . Auch heute, nach drei Jahren, wo diese Kredite, nota bene stufenweise, realisiert werden sollen, können sie nicht als ein Akt der „Bewaffnung" Polens erachtet werden. Wer nur den Ausrüstungsstand der polnischen Armee kennt und ihn mit der Ausrüstung der Heere derjenigen Staaten vergleicht, die ihre Abrüstung schon vollendet haben und deren Friedenspolitik niemand in der Welt anzuzweifeln wagt, der wird die wirkliche Bedeutung der französischen Kredite für Polen schätzen können. Auch nach ihrer vollzogenen allerintensivsten und zielbewußten Ausnutzung zum Zweck der Ausstattung der polnischen Armee wird unser Heer in dieser Hinsicht unendlich tiefer stehen als die Heere des pazifistischen Großbritanniens und Amerikas . . . Wir haben das Recht, uns entschieden dagegen zu verwahren, daß bei dieser Gelegenheit die polnische Außenpolitik in ein falsches Licht gestellt und ihre friedlichen Absichten in Zweifel gezogen werden."

Mac Donald und das Schuldenproblem.

Auf die Frage über das Verhältnis der Reparationsregelung zu den interalliierten Schulden erklärte Mac Donald in einer Unterredung mit dem Direktor der Pariser Zeitung „Quotidien": „Wir sind der Ansicht, daß die Frage der französischen Schulden gegenüber England nicht angeschnitten werden kann, ohne daß zu gleicher Zeit die gesamte europäische Lage erörtert würde. Ich werde niemals zulassen, daß diese beiden Fragen voneinander getrennt werden." Der Interviewer fragte: „Wenn Frankreich seine Forderungen gegenüber Deutschland auf einen vernünftigen Betrag herabsetzt, wird Ihre Regierung zum Ausgleich die Forderungen gegenüber Frankreich und gegenüber Deutschland herabsetzen, oder glauben Sie, daß das Abkommen zwischen England und den Vereinigten Staaten England zwingt, die Beträge zu fordern, die es selbst an Amerika bezahlen muß?" Mac Donald antwortete: „Über diese Frage kann ich mich nicht aussprechen. Unsere Regierung muß angesichts der kommenden Verhandlungen mit Frankreich freie Hand haben. Zwingen Sie mich also nicht zu voreiligen Erklärungen."

Die französische Anleihe an Jugoslawien.

Die Belgrader Skupschtina hat mit 103 gegen 61 Stimmen die Vorlage über die französische Anleihe von 300 Millionen Frank angenommen, die zu Rüstungszwecken dienen. Der Finanzminister betonte ausdrücklich, daß Frankreich mit dieser Anleihe nicht ein Geschäft mache, sondern einen Akt der Freundschaft übe, um Südslawien bei der Wiederherstellung der Schlagfertigkeit seiner Armee behilflich zu sein. Die Demokraten stimmten gegen die Anleihe.

Ende des Eisenbahnerstreiks in England.

Nach erzielter Verständigung ordneten die Leiter des englischen Eisenbahnerstreiks die Wiederaufnahme der Arbeit an. Angeblich soll am 16. Februar ein Streik der Dockarbeiter bevorstehen, wenn nicht bis dahin eine Verständigung erzielt wird.

Freistaat Danzig.

†* Änderung in der Kommission für den Munitionslagerplatz. Statt des Generals Faure, der als französischer Völkerbundsvertreter der Kommission für die Prüfung der Frage des polnischen Munitionslagers auf der Insel Holm angehören sollte, wurde Herr Reymond ernannt.

†* Plucińskis Abschied. Am Dienstag gab Präsident Sahm ein Festmahl zu Ehren des zurücktretenden polnischen Kommissars für Danzig, des Herrn Pluciński. Anwesend waren der hohe Kommissar des Völkerbundes, Mac Donell, der Nachfolger Plucińskis, Herr Morawski, und verschiedene Senatoren.

Die deutsche Schule in Polen.

1.
Interpellation

der Abgg. Graebe und Genossen der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneten an den Unterrichtsminister wegen Verhinderung der Einschulung der evangelischen Hausväter aus Sadowice, Kr. Mogilno, in den evang. Schulverband Józefowo, Kr. Mogilno.

In Sadowice, Kr. Mogilno, sind 7 evangelische Kinder vorhanden, die auf Anordnung des Kreisschulinspektors in Mogilno gastweise den Unterricht in der evang. Schule in Józefowo besuchen. Die Väter dieser Kinder müssen auf zwei Stellen Schulgeld zahlen, nämlich Gastschulgeld an die evang. Schule in Józefowo und ordentliches Schulgeld an die polnische Schule in Huta pal. Die evangelischen Hausväter gehören nämlich von deutscher Zeit her zur Schulgemeinde Huta pal. Als die Schule in Huta pal. polnischen Unterrichtszwecken übergeben wurde, mußten die evang. Deutschen gastweise nach Zawki gehen, und dann, als auch dieser Unterrichtsbetrieb polnisch wurde, in die evang. Schule in Józefowo, wie schon oben ausgeführt.

Die evang. Hausväter haben nun am 11. April 1923 ein Gesuch um ordnungsmäßige Einschulung in den Schulverband in Józefowo an den Kreisschulinspektor gerichtet. Dieses Gesuch wurde abschlägig beschieden. Es ist unbekannt, ob dieser abschlägige Bescheid im Einverständnis mit dem Posener Kuratorium erfolgt ist. Es scheint aber ganz offensichtlich zu sein, warum die Schulbehörde dem Antrag der evang. Hausväter aus Sadowice nicht stattgibt: erstens sollen die Schulsteuern der evang. Hausväter die katholische Schule in Huta pal. unterhalten helfen, und zweitens soll die evangelische Schule in Józefowo, die nur 43 Kinder hat, nicht gestärkt werden, damit man sie demnächst auch mit Hilfe der Vierzig-Kinder-Verfügung auflösen kann.

Die Schulkuratorien im ehem. preuß. Teilgebiet berufen sich bei ihren Maßnahmen immer auf § 18 Abs. K der preußischen Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817, worin es heißt: „Der Regierung gebührt, Schulsozietäten einzurichten und zu verteilen, wo Ortschaften es wünschen oder Lokalumstände es nötig machen." Diese Bestimmung wendet die Schulbehörde aber nur insofern an, als sie für sich das Recht der Einrichtung und Verteilung von Schulsozietäten in Anspruch nimmt, aber die Berücksichtigung der Wünsche der Elternschaft und der Lokalumstände außer acht läßt, sobald diese zum Nutzen des deutschen Schulwesens ausschlagen könnten.

Der Fall Sadowice ist typisch dafür, daß die Schulbehörde im preußischen Teilgebiet die Befugnis, die sie für sich aus § 18 Abs. K. der preußischen Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 herleitet, in tendenziöser und böswilliger Weise gegen das deutsche Schulwesen anwendet. Es gibt sehr viel analoge Fälle. Wollte die Schulbehörde den angezogenen Absatz aus der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817, über deren Gültigkeit man überhaupt im Zweifel sein kann, in loyaler Weise anwenden, so müßte hier unter Berücksichtigung der Wünsche der Eltern und der Lokalumstände einer ordnungsmäßigen Einschulung der evang. Hausväter aus Sadowice in den evang. Schulverband Józefowo ohne weiteres stattgegeben werden. Desgleichen in allen analogen Fällen.

Darum fragen wir den Herrn Unterrichtsminister, ob er gewillt ist, dafür Sorge zu tragen: 1. daß die Zuteilung der evang. Hausväter aus Sadowice, Kr. Mogilno, zum evang. Schulverbande erfolge, 2. daß in allen Fällen, wo die deutschen Hausväter eine Umwandlung ihrer gastweisen Einschulung in eine ordnungsmäßige Einschulung wünschen, eine solche vorgenommen werde, damit der Bestand der deutschen Schule gesichert werde, 3. daß die Kuratorien bei Anwendung der Befugnis, die sie sich aus § 18 Abs. K. der preußischen Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 zusprechen, im Hinblick auf die deutschen Belange alle Loyalität und allen guten Willen zeigen, wie es die Berücksichtigung der Lokalumstände und die Wünsche der deutschen Eltern erfordert.

Warschau, den 28. Januar 1924.

Die Interpellanten.

2.
Interpellation

des Abg. Daczko und Genossen von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Unterrichtsminister wegen Besetzung der deutschen Schule in Golußzyce im Kreise Schwetz mit einem polnischen Lehrer.

In dem Dorfe Golußzyce im Kreise Schwetz sind 47 deutsche und 18 polnische Schulkinder vorhanden. Das Schulhaus und Grundstück gehört der evangelischen Schulgemeinde Golußzyce, die grundbuchamtlich als Eigentümerin eingetragen ist. Ende Juni 1923 wurde die Schule mit einem polnischen Hilfslehrer besetzt. Dieser gibt den polnischen Kindern vollen Unterricht, den deutschen aber nur 2 Stunden an zwei Tagen und 2½ Stunden an 4 Tagen der Woche; diese wenigen Stunden benutzt er, soweit sie überhaupt regelmäßig abgehalten werden, in der Hauptsache für polnischen Sprachunterricht. Religionsunterricht wird zurzeit nicht erteilt. Die 18 polnischen Kinder könnten ohne Schwierigkeiten nach Bagniewo eingeschult werden, wohin sie einen Schulweg von 2—2½ Kilometer zurückzulegen hätten.

Der Fall gewinnt aber noch dadurch eine ganz eigenartige Beleuchtung, daß der polnische Hilfslehrer, der sich früher als Schneider und in anderen Handwerken versucht haben soll, der Schwiegersohn des zuständigen Kreisschulinspektors Lipiński in Schwetz ist. Es ist offensichtlich, daß der Kreisschulinspektor die vorher geschilderte Regelung der Schulverhältnisse in Golußzyce nur deswegen vorgenommen hat, um seinem Schwiegersohn eine gut dotierte Lehrerstelle zu verschaffen. Wir müssen aufs schärfste Protest dagegen erheben, daß die Schulverwaltungsorgane neben grundsätzlichem Polonisationsbestreben auch noch die Motive schlimmster Vetternwirtschaft in ihrem Vorgehen gegen das deutsche Schulwesen walten lassen.

Die evangelische Schulgemeinde in Golußzyce hat am 16. August 1923 ein Gesuch an das Kuratorium in Thorn gerichtet, den ihnen aufgezwungenen polnischen Lehrer abzurufen und eine deutsche Lehrkraft anzustellen. Darauf ist trotz nochmaliger schriftlicher Anfrage keine Antwort eingelaufen. Offenbar billigt das Thorner Kuratorium diese Zustände in Golußzyce.

Wir fragen den Herrn Unterrichtsminister: 1. Ist der Herr Unterrichtsminister gewillt, dafür zu sorgen, daß die polnische Lehrkraft von Golußzyce versetzt wird und 2. daß die evangelische Schulgemeinde Golußzyce wieder einen deutsch-evangelischen Lehrer bekommt?

Warschau, den 28. Januar 1924.

Die Interpellanten.

3.
Interpellation

der Abgg. Daczko und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Unterrichtsminister wegen Auflösung der Schulgemeinde Bestwino, Kreis Krotoschin.

Die evangelische Schulgemeinde Bestwino, Kreis Krotoschin, bestehend aus den evangelischen Hausvätern der Dörfer Bestwino, Laszkowo, Dziewiaty und Trzaski, ist durch Verfügung des Posener Kuratoriums vom 27. Juli 1923 I. dz. 250/23 II. Krot. aufgelöst worden. Die Auflösungsmaßnahme begründet das Posener Kuratorium mit Art. 4 der Verfügung des Posener Teilgebietsministeriums vom 10. März 1920 (Dziennik Urzędowy Ministerstwa b. dz. pruskiej S. 312) in Verbindung mit § 189 II. 6 des Preuß. Allg. Landrechts. Nach dem angezogenen Absatz der Verfügung des Posener Teilgebietsministeriums vom 10. März 1920 hört die Einrichtung einer deutschen Schule dann auf, wenn in zwei nacheinander folgenden Jahren die Zahl der deutschen Kinder ständig zurückgeht. Die Voraussetzungen dieser Verfügung sind aber im Falle Bestwino keineswegs vorhanden, weil beim Zeitpunkt der Auflösung 50 und in den beiden vorhergehenden Schuljahren 60 deutsche Kinder vorhanden waren.

Ferner ist eine Verbindung des angezogenen Absatzes 4 der Verfügung des Posener Teilgebietsministeriums mit Art. 189 II. des Preuß. Allg. Landrechts eine völlig unhaltbare Rechtskonstruktion, da der im Allg. Landrecht gemeinte grundvertragliche Zweck einer Schulkorporation mit der Kinderzahl gar nichts zu tun hat. Die Auflösung der Schulgemeinde Bestwino stellt sich also als eine reine Willkürmaßnahme des Posener Kuratoriums dar. Sie hat lediglich den Zweck, die deutschen Kinder in polnische Schulen zu zwingen. Das Posener Kuratorium bestimmt dann auch weiter: „Die bisherigen Mitglieder der evangelischen Schulgemeinde Bestwino werden überwiesen: a) aus Bestwino der neugebildeten katholischen Schulgemeinde Bestwino; b) aus Laszkowo und Dziewiaty der katholischen Schulgemeinde Laszkowo; c) aus Trzaski der katholischen Schulgemeinde Dzierzanowo, Kreis Koschmin. Diese Einverleibung der deutschen Kinder in drei polnische Schulen widerspricht aufs gröblichste dem Prinzip der konfessionellen und nationalen Trennung, das in der Verfügung des Posener Teilgebietsministeriums vom 10. März 1920 ausgesprochen ist. Der betreffende Absatz 2 lautet:

„Die bisherige Einteilung der Schulen nach Konfessionen soll erhalten bleiben. Die Simultanschulen sollen nach Möglichkeit nach Konfessionen und Nationalitäten getrennt werden."

Im Falle Bestwino tut die Posener Schulbehörde gerade das Umgekehrte; sie hebt bestehende Konfessionsschulen auf, um paritätische Unterrichtsbetriebe zu bilden. Besonders auffallend erscheint es hierbei, daß sie in dem Orte Bestwino selbst nominell einen konfessionell getrennten Schulverband, nämlich einen katholischen, neubildet, in praxi aber einen paritätischen Schulverband herstellt. Diese widerspruchsvolle Maßnahme spricht das Kuratorium mit folgenden Worten aus:

„Auf Grund des § 18 Litera K der Instruktion vom 23. Oktober 1817 (Gesetzsammlung S. 248) in Verbindung mit § 4, Pos. 12 des Gesetzes vom 4. Juni 1920 über die vorläufige Organisation der Schulbehörden (Dziennik Ustaw Rz. Polsk. Nr. 50, Pos. 304) bildet das Kuratorium des Schulbezirks Posen mit dem 1. August 1923 eine katholische Schulgemeinde in Bestwino, Kreis Krotoschin. Dieser Gemeinde werden überwiesen die Katholiken und Evangelischen aus Bestwino, gleichzeitig werden die Katholiken von Bestwino aus der katholischen Schulgemeinde in Laszkowo ausgeschlossen. Die Evangelischen und Katholiken aus Bestwino werden die Schulabgaben mit dem 1. August 1923 an die Kasse der neuen katholischen Schulgemeinde in Bestwino bezahlen. Das Vermögen der aufgelösten evangelischen Schulgemeinde in Bestwino, das nach § 192 II. 6 des Allg. Landrechts dem Staate verfällt, wird der Nutznießung der katholischen Schulgemeinde in Bestwino überwiesen."

Wenn an und für sich die Anwendung von alten preußischen Gesetzen auf die durch den Versailler Friedensvertrag entstandenen deutschen Minderheitsschulen in Polen unzulässig ist, so wirkt die Berufung des Posener Kuratoriums auf § 18 Abs. K der preußischen Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 geradezu herausfordernd. Dieser Absatz lautet nämlich: „Der Regierung gebührt . . . Schulsozietäten einzurichten und zu verteilen, wo Ortschaften es wünschen oder Lokalumstände es nötig machen. Die deutschen Hausväter der Schulgemeinde Bestwino haben die Auflösung nicht nur nicht gewünscht, sondern sich mit aller Kraft dagegen gewehrt, und alle Lokalumstände hätten dazu drängen müssen, die evangelische Schulgemeinde Bestwino bestehen zu lassen, um dem Grundsatze der nationalen und paritätischen Trennung Genüge zu tun. Das Vorgehen des Posener Schulkuratoriums gegen den evangelischen Schulverband Bestwino ist ein typisches Beispiel für das spitzfindigste Verwaltungsraffinement gegen deutsche Schulverbände: sie werden ohne Grund aufgelöst, das Eigentum wird ihnen fortgenommen, ihre Kinder in polnische Schulen gesteckt und ihre Schulsteuer dazu verwendet, die polnischen Unterrichtsbetriebe zu unterhalten, die zur Polonisierung der deutschen Kinder dienen.

Wir fragen den Herren Minister: 1. Ist er bereit, zu veranlassen, daß die Auflösung der evangelischen Schulgemeinde Bestwino rückgängig gemacht wird und die deutschen Kinder wieder in einer deutschen Schule unterrichtet werden? 2. Ist er bereit, anzuordnen, daß der Grundsatz der nationalen und konfessionellen Trennung von der Schulbehörde beachtet werde und daß die Schulbehörde aufhört, grundlegende Schulgesetze je nach Bedarf zur Schädigung des deutschen Schulwesens anzuwenden oder zu interpretieren?

Warschau, den 28. Januar 1924. Die Interpellanten.

Nach Lenins vorläufiger Beisetzung.

Ueber die Trauerfeierlichkeiten in Moskau

wird jetzt noch gemeldet:

Während der Beisetzungsfeierlichkeiten wurden auf allen Plätzen und Straßen in Hunderttausenden von Stücken die Reden Lenins unentgeltlich verteilt, ebenso metallene Abzeichen, die Lenin auf der Erdkugel stehend als Redner zeigen. Die feierliche Trauersitzung des Rätekongresses, in der auch Frau Lenin eindrucksvoll sprach, faßte zur bleibenden Erinnerung an Lenin den bereits mitgeteilten Beschluß, den Namen der Stadt Petrograd in Leningrad umzuändern. Ferner sollen in allen Großstädten Denkmäler für Lenin errichtet werden; eine billige Volksausgabe der Werke Lenins in allen Sprachen wird herausgegeben und eine Unterstützungskasse für verwahrloste Kinder geschaffen werden. Eine Abordnung der Arbeiterschaft machte der Regierung den Vorschlag, daß der Hauptstadt der Doppelname Moskau-Lenin gegeben werden solle.

Eine weitere Meldung besagt, daß auf dem Roten Platz in Moskau Tag und Nacht gearbeitet werde, um ein Mausoleum für Lenin fertigzustellen, das einzig in seiner Art werden dürfte. Den Unterbau dieses Mausoleums wird ein riesiger Würfel bilden, als Ewigkeitssymbol. Das Innere der Halle wird große Massen Menschen aufnehmen können. Die Decke wird eine Spiegelkuppel bilden mit zwei riesigen Ventilatoren, die Tag und Nacht in Tätigkeit sein sollen, damit die Temperatur im Raume auf Null Grad gehalten werden kann. Die Leiche soll monatelang zur Besichtigung aufgebahrt bleiben und die kalte Temperatur dazu beitragen, die Leiche zu erhalten. Eine eigenartige Beleuchtung wird eingerichtet und ein schwarz-rot getäfelter Fußboden. Nach der monatelangen Ausstellung der Leiche wird Lenin in einem eigens zu erbauenden Krematorium verbrannt werden. Da das Grab in die Mauer des Kreml eingebaut werden soll, mußten Sprengungen vorgenommen werden, um das mittelalterlich schwere Gemäuer aufzulockern.

Die Aufgabe der „Leninisten".

Unter der Überschrift „Der Tod Lenins und die Aufgabe der Leninisten" veröffentlicht die Moskauer „Prawda" einen Aufsatz von Sinowjew, worin die Hauptaufgabe der Leninisten in Rußland selbst wie folgt bezeichnet sind: Kräftigung des Grundgedankens des Leninismus und die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauern sowie zwischen der Arbeiterpartei und den parteilosen Arbeitermassen; Einigkeit der durch den Geist Lenins geschaffenen Partei und der Wille, die Partei des kämpfenden Bolschewismus zu bleiben, die bei der Einkreisung der Feinde manövriere, indem sie sich, wenn es nötig sei, zurückziehe, um morgen besser angreifen zu können; Vorbedingung dazu sei der entschiedenste Kampf gegen die Verfälschung des Leninismus, gegen Rückfälle in kleinbürgerliche Anschauungen. — Sinowjew endet seine Ausführungen wie folgt: „Der Tod Lenins muß das Signal zum Zusammenschluß aller wahren Leninisten sein. Wir werden bestrebt bleiben so zu arbeiten, daß wir alle zusammen, wenn auch in geringem Maße, Lenin ersetzen, daß wir sein großes Werk mit seiner Hingebung, Vorsicht, Ruhe, Energie, mit seinem Mut und seiner Liebe zur Sache und, wenn auch in geringem Maße, mit seinem Weitblick fortsetzen."

Der Wortlaut des französisch-tschechischen Vertrages.

Prag, 26. Januar. Das tschechoslowakische Ministerium des Äußern hat die für Sonntag angesagte Veröffentlichung des Vertrages zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bereits heute vorgenommen. Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit dieses Vertrages auch gerade für Polen, sei er hier in vollem Wortlaut veröffentlicht:

Die Regierung der französischen Republik und die Regierung der tschechoslowakischen Republik beharren auf dem Grundsatz, die internationalen Verpflichtungen zu respektieren, die durch den Pakt über die Gesellschaft der Nationen feierlich bekräftigt; sie sind in gleicher Weise bestrebt, den Frieden zu schützen, dessen Erhaltung im Interesse der politischen Stabilität und der wirtschaftlichen Hebung Europas notwendig ist und entschlossen, zu diesem Zweck die Achtung des internationalen Rechtszustandes und der politischen Ordnung zu sichern, die die gemeinschaftlich unterschriebenen Verträge geschaffen haben.

In der Überzeugung, daß zur Erreichung dieser Ziele für sie wechselseitige Sicherheitsbürgschaften gegen einen eventuellen Angriff im Interesse des Schutzes ihrer gemeinsamen Belange notwendig sind, haben durch ihre bevollmächtigten Vertreter, und zwar: der Präsident der französischen Republik durch Raymond Poincaré, Ministerpräsident, der Präsident der tschechoslowakischen Republik durch Herrn Dr. Benesch, Minister für auswärtige Angelegenheiten, bestimmt:

1. Die Regierungen der französischen und der tschechoslowakischen Republik verpflichten sich, sich über auswärtige Fragen, die geeignet wären ihre Sicherheit zu bedrohen und die durch die Friedensverträge geschaffene Ordnung zu beeinträchtigen, zu verständigen.

2. Die hohen vertragschließenden Parteien werden sich über die Vorkehrungen einigen, die zur Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen, im Falle, daß diese gefährdet würden, notwendig sind.

3. Die hohen vertragschließenden Parteien, einig über die Bedeutung, die die im Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain vom 10. September 1919 sowie einem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 enthaltenen Grundsätze besitzen, verpflichten sich, sich über die Vorkehrungen zu verständigen, die zu treffen sein werden im Falle, daß die Erhaltung dieser Grundsätze gefährdet wäre.

4. Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, insbesondere in bezug auf die von der Botschafterkonferenz am 3. Februar 1920 und 21. April 1921 gefaßten Deklarationen, nach denen sich ihre Politik auch weiterhin richten wird, sowie in bezug auf die am 10. November 1921 durch die ungarische Regierung den alliierten diplomatischen Vertretern übermittelten Deklarationen, sich für den Fall zu verständigen, daß ihre Interessen durch die Nichteinhaltung der in diesen verschiedenen Deklarationen ausgesprochenen Grundsätze gefährdet würden.

5. Die hohen vertragschließenden Parteien bestätigen, daß sie vollkommen gleicher Ansicht sind, über die für die Friedenserhaltung absolute Notwendigkeit eines gemeinsamen Standpunktes zu dem eventuellen Versuch einer Einsetzung der Hohenzollern-Dynastie in Deutschland, und sie verpflichten sich, sich über die Vorkehrungen zu verständigen, die in diesem Falle zu treffen sein würden.

6. In Übereinstimmung mit den im Völkerbundspakt ausgesprochenen Grundsätzen verpflichten sich die hohen vertragschließenden Parteien, für den Fall, daß sich in Zukunft zwischen ihnen Streitfälle ergeben könnten, die nicht auf dem Wege freundschaftlichen Einvernehmens und auf diplomatischem Wege zu lösen wären, diese Streitfälle entweder dem ständigen internationalen Gerichtshof oder einem oder mehreren von ihnen gewählten Schiedsrichtern zu unterbreiten.

7. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, einander die Vereinbarungen, die ihre Politik in Mitteleuropa interessieren und die früher geschlossen wurden, mitzuteilen und sich wechselseitig ins Einvernehmen zu setzen, bevor sie neue Vereinbarungen treffen. Sie erklären, daß nach dieser Richtung hin nichts in diesen Verträgen den oben erwähnten Vereinbarungen und insbesondere in dem Bündnisvertrage zwischen Frankreich und Polen, dem Vertrage über die Regulierungen zwischen der Tschechoslowakei und der österreichischen Republik, Rumänien, Südslawien und ebenso der durch Austausch der Akten vom 8. Februar 1921 zwischen Italien und der tschechoslowakischen Regierung konstatierten Vereinbarungen widerspricht.

8. Dieser Vertrag wird in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Paktes dem Völkerbunde mitgeteilt werden. Dieser Vertrag wird ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden werden sobald als möglich in Paris ausgetauscht werden. Urkundlich dessen haben beide Bevollmächtigten den Vertrag unterschrieben und ihn mit ihren Siegeln versehen.

Doppelt ausgefertigt. Paris, 24. Januar 1924.

gez. Dr. Eduard Benesch. gez. Raymond Poincaré.

„Times" über den Sinn des Vertrages.

„Times" schreiben zur Unterzeichnung des tschechisch-französischen Vertrags, wenn dieser nichts anderes sei, als was er zu sein scheine, so sei er unnütz. Wenn aber mehr darin liege, als an der Oberfläche erscheine, so stelle er die Wiederaufnahme der alten Praxis der Behandlung der europäischen Angelegenheiten dar. Es sei wohl bekannt, daß die engste Fühlung zwischen dem französischen und dem tschechischen Hauptquartier aufrecht erhalten werde, und es bestehe ein militärischer Vertrag ebenso wie ein politischer zwischen Frankreich und Polen und auch zwischen Frankreich und Belgien. Kredite zum Ankauf von Rüstungen seien von Paris in Südslawien und in Rumänien angeboten worden, wenn auch letzteres soeben beschlossen habe, die Anleihe zurückzuweisen, und die politischen und militärischen Vereinbarungen, die Frankreich mit seinen Kundenstaaten treffe, seien gekennzeichnet durch eine Animosität gegenüber Deutschland und Ungarn. Diese durchaus militaristische Politik widerstrebe einem großen Teil der öffentlichen Meinung Englands. Es bestehe hier die Überzeugung — und sie werde in fast allen Ländern geteilt —, daß einige der Bedingungen der Friedensverträge und insbesondere die, die sich auf die Reparationen bezögen, ohne eine Abänderung nicht durchführbar seien, und daher die Ansicht, daß es ein Fehler sei, durch nachdrückliches Bestehen auf einem Vertrage zu den am Ende eines erschöpfenden Krieges dem zu Boden geworfenen Feinde diktierten Bedingungen noch neue aufzuerlegen.

Frankreich lenkt scheinbar ein.

Frankreich und Belgien haben nach Londoner Meldungen von Mac Kenna über die Absichten der Arbeiterregierung erfahren, daß mit einschneidenden Veränderungen in der diplomatischen Lage auf Grund einer aktiven Politik Mac Donalds bereits innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu rechnen sei. Poincaré und Jaspar hätten unter diesen Umständen es für wichtig gehalten, eine gemeinsame Stellungnahme zu verabreden, und kamen daher am Sonntag in Paris zu einer Beratung zusammen, deren Ergebnis geheimgehalten wird.

Nachgeben in der Pfalzfrage.

Immerhin ist bekannt geworden, daß sich die beiden Regierungen, insbesondere Frankreich, zu einem ersten Zugeständnis an den englischen Standpunkt entschlossen in der Frage der „autonomen Rheinpfalz-Bewegung". Die beiden Länder verzichten demnach auf die Ratifizierung der von der „provisorischen Regierung" in Speyer getroffenen Verfügungen. Allerdings bleibe den seit dem 10. November aus der Pfalz vertriebenen Beamten die Rückkehr vorläufig untersagt. Im übrigen sind sich Poincaré und Jaspar über eine

entgegenkommende Haltung gegenüber England

grundsätzlich schlüssig geworden. Dafür sind auch nachstehende Äußerungen von Pertinax im „Echo de Paris" bezeichnend: „Den führenden Politikern in Paris und Brüssel liegt daran, mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen und nichts zu unternehmen, was die öffentliche Meinung restlos auf die Seite der Arbeiterpartei bringen könne, mit anderen Worten: Wir müssen das Wesentliche von dem Nebensächlichen unterscheiden und auf das Nebensächliche verzichten. Von ausschlaggebender Bedeutung ist nach wie vor die Frage des Pfändersystems im Rheinland. In dieser Frage sind wir aber zu zahlreichen Konzessionen bereit. Alles läßt darauf schließen, daß die französische Regierung auch in der

Angelegenheit der Kölner Eisenbahnzone

zum Einlenken bereit ist." Poincaré hat, wie verlautet, den rheinischen Oberkommissar Tirard zu sich befohlen. Tirard traf am Dienstag in Paris ein und dürfte von dem Ministerpräsidenten persönliche Instruktionen mit auf den Weg bekommen.

Mac Donald läßt Belgien bearbeiten.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times" schreibt, es scheine, daß Mac Donald die technischen Berichte Belgiens als eine Grundlage zu Erörterungen und zu einer Vereinbarung ansieht. In Brüssel geht das Gerücht, daß Massingham, der das Vertrauen Mac Donalds genieße, vor einigen Tagen nach Brüssel gegangen sei und dort Unterredungen mit verschiedenen hervorragenden Sozialisten einschließlich Vanderveldes gehabt habe, denen er die Ansichten Mac Donalds auseinandersetzte. Wie verlautet, habe Vandervelde Massingham auch zum Premierminister Theunis mitgenommen. Massingham soll sich 24 Stunden in Paris aufgehalten haben, bevor er nach Brüssel ging.

Ein Komplott gegen den Völkerbund.

Bei den Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem belgischen Außenminister Jaspar war auch Dr. Benesch, der bekannte „Hans Dampf in allen Gassen" der europäischen Politik, anwesend. Über ein weiteres Thema der Beratungen schreibt „Neuyork Herald", der Zweck des Besuches seien Verhandlungen gewesen, wie dem Plan der neuen englischen Regierung entgegengetreten werden solle, die Reparationsfrage vor den Völkerbund zu bringen. Man nehme an, daß dies auch die Erklärung dafür sei, daß Ministerpräsident Poincaré gestern den tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch bei einem Diner mit Jaspar zusammengebracht habe, da Frankreich sich völlig auf die Länder der Kleinen Entente müsse verlassen können in dem Sinne, daß sie jedem Versuch, den Völkerbund zum Schiedsrichter in der Reparationsfrage zu machen, entgegenarbeiteten. Poincaré betrachte nach wie vor die Diplomatie alten Stils als besten Weg zur Erhaltung des europäischen Friedens.

(Diese Rolle als Saboteur des Völkerbundes entspricht keineswegs den von Herrn Benesch immer im Munde geführten Grundsätzen. D. Schriftltg.)

Die Intrigen des Generals de Metz.

Speyer, 29. Januar. Die gegenwärtige politische Lage in der Pfalz kann dadurch gekennzeichnet werden, daß General de Metz unter dem Eindruck der Untersuchung des englischen Generalkonsuls Clive die Hoffnung aufgegeben hat, durch seine bisherigen Werkzeuge, die Separatisten, sein Ziel der Loslösung der Pfalz vom Reiche zu erreichen. Er schickt sich deshalb an, auf seinen früheren Plan zurückzugreifen, unter der Maske des „Föderalismus" die Pfälzer für einen „Staatenbund im Rahmen des Deutschen Reiches" zu ködern. Ein dem General de Metz persönlich und politisch sehr nahestehender französischer Bezirksdelegierter der Vorderpfalz erklärt, daß die „autonome Pfalz" nicht lebensfähig sei. Das Problem der Zukunft sei die Errichtung eines „Rheinstaates" mit Einschluß der Pfalz im Rahmen des Deutschen Reiches. Nach der Auffassung des französischen Delegierten ist die von Generalkonsul Clive getroffene Feststellung richtig, daß 75 Prozent der Separatisten Lumpengesindel sei, die von auswärts in die Pfalz gekommen wären. Der Gedanke der Bewegung, so äußerte der Bezirksdelegierte weiter, sei für Frankreich gut, wenn auch die Mittel und Personen, deren man sich bediene, nicht immer einwandfrei seien. Für einen „Rheinstaat" mit Einschluß der Pfalz glaubt der Franzose die Pfälzer Wirtschaftskreise gegen entsprechende Kompensationen ködern zu können. Der 25 Jahre alte Sohn des Generals de Metz, der als Sekretär bei der französischen Bezirksdelegation in Bad Dürkheim beschäftigt ist, hat wiederholt geäußert: „Mein Vater schafft die „autonome Pfalz". Er wird sich keinen Zylinder aufsetzen, eher wird die Pfalz in Flammen und Rauch aufgehen." (!!)

Niederlage der Franzosenfreunde im Saargebiet.

Saarbrücken, 28. Januar. Die Landesratswahlen im Saargebiet weisen bis zur Stunde (9 Uhr vormittags) folgendes Ergebnis auf:

Zentrum 98662, Sozialdemokraten 44536, Deutsch-Saarländische Volkspartei (Liberale und Demokraten) 32053, Deutschnationale Volkspartei 2791, Haus- und Grundbesitzerpartei 9178, Kommunisten 39311, Saarbund (franzosenfreundlich) 5536 Stimmen.

Die Mandate verteilen sich bisher wie folgt: Zentrum 14 (bisher 16), Sozialdemokraten 6 (bisher 5), Kommunisten 5 (bisher 2), Deutsch-Saarländische Volkspartei 4, Liberale und Demokraten zusammen 5, Haus- und Grundbesitzerpartei 1 (bisher 2), Deutschnationale Volkspartei 0, Saarbund 0.

Die „Saarbrücker Landeszeitung" **wurde wegen ihrer Berichterstattung über die Lage in der Pfalz auf drei Monate in den besetzten Gebieten verboten.**

Poincaré über den abwärts rollenden Franc.

Am Sonnabend nachmittag wurde von manchen Politikern der Sturz der Regierung Poincarés erwartet. Der französische Ministerpräsident hielt eine große Rede zur Verteidigung der Regierungsvorlage gegen den Francsturz. Der Sturz der Regierung erfolgte nicht, sondern die Generaldebatte wurde ergebnislos abgeschlossen. Die Einzelberatung sollte am Montag stattfinden.

Abg. Auriol für internationale Beratungen.

Der letzte Redner vor dem Ministerpräsidenten war der Sozialist Auriol. Er kritisierte die negative Politik Poincarés, der niemals selbst an einer internationalen Beratung über den Wiederaufbau Europas teilgenommen, aber jede Bemühung zu diesem Zweck von Paris aus verhindert habe. „Weshalb haben Sie in Genua nicht so energisch gesprochen, wie Sie es zum Beispiel Herrn Tardieu gegenüber zu tun pflegen?" fragt Auriol. „Vielleicht hätten Sie internationale Maßnahmen gegen die Kapitalflucht durchgesetzt." Nachdem er die einzelnen Gesetzesvorschläge zergliedert und gezeigt hat, daß sie nicht mehr helfen können, schließt Auriol: „Der einzige Weg wurde in der Brüsseler Konferenz gezeigt, in der wundervollen Erklärung, welche diese internationale Beratung abschloß." (Beifall links.)

Poincarés Antwort.

Poincaré antwortet auf die Vorwürfe des Abgeordneten Auriol, der Francsturz sei unbestreitbar durch eine

politische Offensive

veranlaßt, und die Regierung besitze zahllose Beweise dafür, z. B. einen Bericht des Generalkonsuls in München. Poincaré verliest das Zirkular einer Bank — er betont, „einer deutschen Bank" — die alle Francbesitzer in der ganzen Welt einladet, ihre Devisen zu verkaufen, um der Ruhrbesetzung ein Ende zu machen." Der Generalberichterstatter fragt, ob es sich nicht um eine amerikanische Bank handle. — Poincaré: „Um eine deutsche Bank in den Vereinigten Staaten. Der Angriff ist also bewiesen." — Blum (Sozialist): „Haben Sie keinen Angriff dieser Art erwartet?" — Poincaré: „Ja, ich habe ihn erwartet, aber ich habe nicht erwartet, daß die Franzosen — natürlich unfreiwillig — diesen Angriff verstärken würden." (Beifall rechts, Widerspruch und Lärm auf der Linken.) — Blum: „Wieder eine Beleidigung mehr!" — Poincaré verwahrt sich dagegen, daß er Herrn Blum habe beleidigen wollen.

Nach dieser ziemlich peinlichen Erklärung beginnt endlich die Rede Poincarés. Ein Feldzug gegen die französischen Finanzen sei eingeleitet, um Frankreich dazu zu zwingen, seine Außenpolitik abzuändern und die Räumung des Ruhrgebietes herbeizuführen. (!) Alle unsere Freunde im Auslande billigen die Initiative der Regierung und wünschen, daß die Kammer der Regierung folgt. Hier sind Telegramme aus Brüssel, Bern, Rom und Washington, die meine Worte bezeugen. Dagegen sind im Auslande

feindselige und verleumderische Artikel (!)

veröffentlicht worden, die eine Panik verursacht haben. Große Summen in Francs werden auf den Markt geworfen und das macht sich an der Pariser Börse geltend. Aber dieses Manöver kann nur so lange dauern, bis wir Franzosen es aus eigener Kraft verhindern. Wir müssen unsere Ehre dafür einsetzen, unsere Währung zu verteidigen. (Beifall.) Man hat gesagt,

wenn diese Regierung stürze,

dann werde der Franc in die Höhe gehen und das englische Pfund werde sinken. Möglich, daß diese kleine Komödie im Auslande aufgeführt würde; aber sie könnte nur einige kurze Tage dauern. In zwei Wochen hätten wir eine neue Einschüchterung zu fürchten, falls diese erste gelingt. Deshalb müssen wir unsere Devisen vor jedem weiteren Angriff schützen. Wir müssen auf dem Gebiet der Psychologie siegen, indem wir den Leuten widerstehen, die ein Aufgeben unserer nationalen Politik und unserer Forderungen verlangen. Handelten wir anders, dann würde das Land von einer tiefen moralischen Depression niedergedrückt werden. (Beifall.) Nun folgt eine stundenlange Aufzählung der einzelnen Bestimmungen der neuen Finanzgesetze.

Poincaré sagt, daß er die Verordnungen unter

beständiger Kontrolle des Parlaments

anwenden wolle. Er wisse, daß er von der Kammer eine Handlung des Mutes und der Selbstopferung verlange. Aber er schätze die nationale Gesinnung der Abgeordneten zu hoch ein, als daß er daran denken könne, die Arbeitszeit des Parlaments nach dem Vorschlag Daudets um ein Jahr zu verlängern. Das würde aussehen, als ob die Regierung ein günstiges Votum erkaufen wolle. **Er glaube, das Land werde mit der Regierung** und der Kammer zufrieden sein, wenn beide einig bleiben.

Die Vertrauensfrage war von Poincaré diesmal nicht gestellt worden.

Aus aller Welt.

Ungarische Enthüllungen.

In der ungarischen Nationalversammlung machte in der vorigen Woche der liberale Abgeordnete Drozdy Enthüllungen über beispiellose Bluttaten rechtsradikaler Terrororganisationen, die unter Führung des bekannten Ivan Heijas stehen. In Kecskemet wurden in einer Nacht 83 Menschen in der grausamsten Weise ermordet. Die Terrororganisation hielt ihre Sitzungen, bei denen zahlreiche Todesurteile gefällt wurden, in der sogenannten Eulenburg bei Kecskemet. Unter den Mitgliedern, die an diesen Sitzungen teilnahmen, befinden sich Richter, hohe Geistliche, Professoren, Polizeibeamte, aktive Offiziere und Lehrer. Die auf den Geheimsitzungen in der Eulenburg wegen anderer politischer Anschauungen Geächteten wurden zum Teil aus den Häusern geholt und im Walde ermordet. Einige sollen lebendig begraben worden sein. Dies Schicksal traf 83 Unschuldige, die ihre politische Überzeugung mit grausamer Hinschlachtung büßten, darunter ein Universitätsprofessor, mehrere Advokaten und Journalisten. Abg. Drozdy erklärte, daß Dokumente in seinem Besitz seien. Die Mörder und die Teilnehmer der geheimen Sitzungen der Mordkommission spielen noch gegenwärtig eine große Rolle im öffentlichen Leben Ungarns. Der Hauptsitz der ganzen Organisation befindet sich in Budapest, ihre militärischen Befehlshaber sind Offiziere der aktiven Armee, die der Abgeordnete sämtlich mit Namen aufführt. Auch die Ermordung von zwei sozialdemokratischen Redakteuren in Budapest, Somogyi und Basko, erfolgte durch Offiziere in Uniform. Die Mörder sind seit Jahren bekannt und laufen noch unbelästigt umher. Die Bluttaten geschahen in der Zeit nach der Vertreibung der Bolschewistenregierung Bela Khuns aus Budapest. Ihre Enthüllung in der Nationalversammlung erregte allgemeines Entsetzen. Gegen die Regierung wurde von der Linken der Vorwurf erhoben, daß sie die begangenen Verbrechen nicht sühne. Der heutige Zustand sei schlimmer als der Bolschewismus.

Mac Donald und Deutsch-Ostafrika.

In Anbetracht der Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei kann man in London bisweilen die Frage hören, wie die Arbeiterregierung sich zu dem Problem der annektierten deutscher Kolonien verhalten wird. So führt der Londoner Rechtslehrer Professor Morgan in der „Daily Mail" aus, daß die Regierung Mac Donald nach ihren Grundsätzen dem Deutschen Reiche seine Kolonien zurückgeben müßte, obwohl es höchst unwahrscheinlich sei, daß es geschehe. Gegen die Rechtsauslegung des Professors Morgan richtet „Evening Standard" einen scharfen Angriff. Die deutschen Kolonien, so führt das Blatt aus, seien nicht von England allein, sondern von den Alliierten als Gesamtheit annektiert worden und den verschiedenen Mächten vom Völkerbund als Mandataren übergeben worden. Alles, was die Regierung Mac Donalds tun könne, sei ein Verzicht auf die Kolonie Tanganijka, das frühere Deutsch-Ostafrika. In diesem Falle würde aber dieses Mandat nicht an Deutschland, sondern an den Völkerbund zurückfallen. Über die anderen Mandate, die von den Dominions (Südafrika, Australien und Neuseeland) ausgeübt würden, habe die Arbeiterregierung keine Gewalt. Das „B. T." warnt davor, irgendwelche voreiligen Hoffnungen zu hegen. Vor allem sei nicht daran zu denken, daß an der staatlichen Zugehörigkeit Deutsch-Südwestafrikas, das in die südafrikanische Union aufgegangen ist, irgendwie gerüttelt werde.

Neues vom Tage.

§ Unfall eines Gefangenentransports. Im Würzburger Hauptbahnhof ist ein mit 29 Personen besetzter Gefangenentransportwagen, der von Bamberg nach Lichtenau gehen sollte, auf eine Rangierabteilung des Ansbacher Personenzuges aufgestoßen. 21 Gefangene wurden durch Kopfverletzungen, Prellungen und Hautabschürfungen verwundet, zwei sind schwer verletzt. Der Führer und der den Transport begleitende Gendarmeriewachtmeister kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Personenwagen wurde so zertrümmert, daß die Gefangenen mit Stemmeisen herausgemeißelt werden mußten.

§ Furchtbare Bluttat bei einer hypnotischen Sitzung. Ein österreichischer Artist hielt in Zara eine hypnotische Sitzung ab, wobei er einen Polizeimann hypnotisierte, ihm eine Pfeife reichte und ihn aufforderte, auf die Zuschauer zu schießen. Der Polizeimann warf die Pfeife weg, zog seinen Revolver aus der Tasche und erschoß drei Zuseher. Der Hypnotiseur wurde verhaftet. Der Polizeimann wurde, als er aus der Hypnose erwachte und von seiner Tat in Kenntnis gesetzt wurde, wahnsinnig.

§ Dichter und Trapezkünstler. Kein Spaß! Ein spanischer Schriftsteller hat seine Schöpfungen vom hohen Trapez herab inmitten einer Zirkusarena dem Publikum vorgelesen, um sich und seine Werke bekannt zu machen. In tadellosem schwarzen Anzug kletterte er geschickt an dem Seil empor und begann, auf dem Trapez angelangt, den einleitenden Vortrag über seine dichterischen Ziele und Absichten, dem sich die Vorlesung anschloß. Wie die Madrider Blätter mitteilen, hatte er großen Erfolg. Nicht mitgeteilt wird aber, ob der Beifall dem Akrobaten oder dem Dichter galt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere teure Mutter,

Frau **Olga Weiland**

Dies zeigen tiefbetrübt an

Arthur Weiland
Margarete Weiland ⎫ als Kinder.
Kuno Weiland ⎭

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 2. Februar, nachmittags 2 Uhr in Żukowo, vom Hause meines Bruders aus statt.

Güter-Tausch.

Beabsichtige mein in **Deutschland** gelegenes

Rittergut

gegen ein mindestens gleich großes und gleichwertiges Objekt in der fr. Prov. **Posen** (Polen) **zu tauschen.**

8?0 Morg. Land, 3?0 Morg. Wiese, 1000 Morg. Wald, 7 Fischteiche, Herrschaftliches Schloß, Schöner Park, Warmhaus. Gebäude massiv. Inventar überkomplett. Große Brennerei. Moderne Dampfziegelei. Kleinbahn und Chaussee am Orte. Dampfpflug. Hochwildjagd. **Agenten ausgeschlossen.**

Direkte Offerten unter **„Gütertausch Nr. 5100“** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verschiedenes

Nachhilfestunden

erteilt Gymnasiasten der niederen u. höheren Klassen, sowie

Konversationsunterricht

im **Polnischen**, älterer poln. **Student**, (ehemalig. deutscher Primaner). Angebote unter **5113** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 30. 1., 7½ Uhr: **„Der Barbier von Sevilla“**, Oper von Rossini.

Donnerstag, den 31. 12. um 7½ Uhr: **„Fra Diavolo“**, Oper von Auber.

Freitag, den 1. 2., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron“**. Komische Oper von Strauß.

Sonnabend, den 2. 2., nachm.: **„Hänsel und Gretel“**. Märchenoper von Humperdinck. Zum letzten Male. Ermäßigte Preise.

Sonnabend, den 2. 2., abends: **„III. Abend der Tanzkunst“**.

Sonntag, den 3. 2. nachmittag: **„Das Schloß in Czorstyn“**, Oper von Kurpiński und **„Hochzeit in Ojcowo“**, Ballett von Kurpiński und Stefani. Ermäßigte Preise.

Sonntag, den 3. 2., abends. **„Traviata“**, Oper von G. Verdi.

Weltberühmte

Kleedrescher

Lanz

sofort lieferbar

Generalvertreter für Polen

Nitsche i Sp., Maschinenfabrik

Poznań św. Marcin 33 und ul. Kolejowa 1—3.

Des gesetzl. Feiertags wegen
erscheint
Sonnabend, den 2. d. Mts.
keine Zeitung

Wir bitten alle für diesen Tag bestimmten **Anzeigen** uns schon **Freitag vormittag** einzusenden.

Die Geschäftsstelle.

Koks-, Kohlen-Holz-Anfuhr.

Abfuhr von Waggonladungen, Gespanngestellung übernimmt

„Britania“

Inhaber **Georg Prügel**, ul. Jeżycka 41. I. Tel. 1677.

? ? ? ?

Wer den **„Caroque-Prozeß“** im Teatr Pałacowy noch **nicht gesehen** hat, der spute sich, auf daß er es **nicht** in der nächsten Woche **bereue.** Noch ist es Zeit!

Beginn der **Vorstellungen** um 4¼, 6¼ und 8 Uhr.

Einsatzkarpfen.

Suche zur **Frühjahrslieferung** für intensive Teichwirtschaft **Spiegel-** resp. **Schuppenkarpfen.** Angeb. erbittet

Modrow, Bączek, p. Skarszewy (Pomorze).

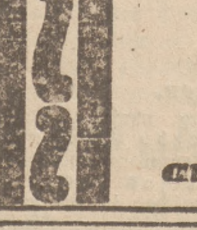
Eine Blondine, Waise, 23 J. alt sucht einen Herrn aus besserer Gesellschaft kennen zu lernen. evtl. spätere

Heirat

nicht ausgeschlossen. Ang. u. **5119** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

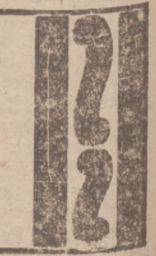
Gebrauchte Viehwage

Dezimalsystem. 1000 kg. Tragfähigkeit steht zum **Verkauf. Preis** ca. 100 Valorisations-Franken. Angebote unter **R. 4164** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

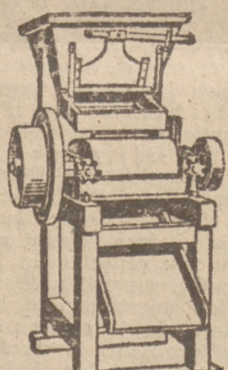
Kryształ Specjał Poznański „Porter“

aus der **Hugger-Brauerei** sind geschmack- und gehaltvoll.



Walzen-Schrotmühle

mit schräg geriffelten Hartgußwalzen



für Hand-, Göpel- und anderen Kraftbetrieb

liefern prompt und zu billigsten Preisen

Fabryka Maszyn „HERKULES“ T. z o. p. Gniezno.

Illustrierte Preisblätter kostenlos.
Günstige Einkaufsquelle f. Wiederverkäufer.

Ankäufe u. Verkäufe

National-kassen

kauft nach Angabe beider Nummern (5087

Eugen Mittwoch, Charlottenburg, Friedbergstraße Nr. 29.

Bin willens meine 42 Mrg. gr.

Landwirtschaft

m. mass. Gebäuden sehr gut. Boden totem u. leb. Inv. z. verkaufen. Gefl. Ang. u. **P 5117** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Billiger als Steinkohlen! Billiger als Steinkohlen!

Prima Braunkohlen-Salonbriketts

(Marke **„Kaiser“**, **„Gloria“** usw.)

sind in Poznań eingetroffen.

Bestellungen nimmt entgegen (1074

Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe-Poznań

Wały Zygmunta Augusta 3.

Telef. 1296 u. 3871. Telegr.-Adr.: Węglesląskie.

Zur Anschaffung empfehlen wir:

Posener Sprachführer

Polnisch-deutscher Wegweiser

enthaltend:

Straßen und Plätze — Die wichtigsten Behörden und ihre Abteilungen — Eisenbahn — Elektrische Straßenbahn — Post — Gericht — Allerhand Aufschriften in öffentlichen Gebäuden — Aufschriften auf Geschäftsschildern — Speisekarte — Deutsches Register usw.

Preis M. 500 000.—,

nach auswärts mit Portozuschlag unter Nachnahme.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6
(fr. Tiergartenstraße).

Arbeitsmarkt

Suche für mein 1700 Morgen großes Gut in **Kongreßpolen** zum 1. Juli 1924 einen tüchtigen, energischen, selbständigen (5104

unverh. Beamten

Bedingung ist die polnische Sprache in Wort und Schrift perfekt beherrschend. Reflektanten mit guten Zeugnissen wollen sich schriftlich melden, möglichst in polnischer Sprache.

Briefadr.: **Konrad Weigt, Kalisz, Browar.**

Für Stadtabonnenten.

Vom **1. Februar d. Js.** an werden wir zur **Erleichterung für unsere Leser** in der **Stadt Posen** auch

Wochen-Abonnements für das „Posener Tageblatt“

einrichten. Es kostet ein **solches Abonnement** im **Februar 1 Million 200 000 M. wöchentlich.**

Bedingung dabei ist die **Abholung** der Zeitung von **Nachmittag 4 Uhr** an in der **Geschäftsstelle Zwierzyniecka 6** gegen Vorlegung d. Wochenkarte u. Vorauszahlung.

Die Geschäftsstelle.

Wir offerieren:

- **Dr. Hardistein, Dr. Bardey's** arithmet. Aufgaben.
- **Volquardts**, Feldmessen und Nivellieren.
- **v. Pannewitz**, bürgerl. Hochbaukunde und Baupolizei.
- **Knauer**, Erd- und Straßenbau. I/II.
- **Hentze**, Leitfaden für den Wasserbau. I.
- **Diesener**, Stereometrie.
- **Hirsch**, Leitfaden der Bauverbandslehre. I.
- **Gebhardt**, Die Bauführung.
- **Dr. Karl Rosenberg**, Unterstufe der Physik.
- **Blume-Hortig**, Das Veranschlagen von Tiefbauten.
- **Stehler**, rat. Futterbau. Prakt. Anleitung für Landw.
- **Heyne**, Die Schafzucht.
- **Dr. Habernoll**, einf. landw. Buchführung.
- **Dr. Sachsse**, Chemie der Landwirte.
- **Maas**, Leitfaden der landw. Chemie.
- **Pries**, Tierkunde für landw. Schulen.
- **Wilbrand**, Grundzüge für Chemie.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhdlg.**
Poznań, Zwierzyniecka 6.



Deutsche Gasbadeofen-Fabrik sucht **guteingeführte**

Vertreter

Angebote u. **F. C. H. 671** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** erbeten.



Wir drucken:

Besuchskarten
Verlobungskarten
Vermählungsanzeigen
Trauerdrucksachen
Briefbogen
Briefumschläge
Postkarten
Rechnungen
Quittungen
Schecks · Aktien
Kataloge · Preislisten
Reklame-Prospekte
Plakate
Flaschen-Etiketten
Dissertationen
Broschüren · Werke
Zeitungen
Zeitschriften

sowie alle sonstigen

Drucksachen

für Buch- und Steindruck, in deutscher u. polnischer Sprache, schnell, sauber und preiswert. Vorberechnungen zu Diensten.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Soeben eingetroffen u. sofort lieferbar:

Die Haager Gutachten über die Rechtslage der deutschen Minderheit in Polen; umfassend:

1. Gutachten über die Ansiedlerfrage,
2. Gutachten über d. Staatsangehörigkeit der Geburtspolen.

in deutschem u. poln. Texte. **Preis 1½ Millionen.** Nach auswärts unter Nachnahme mit Spesenberechnung für Porto u. Verpackung.

Karl May's Werke, 46 Bde., wie neu, geb., nur zusammen verkäuflich.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Suche für sofort eine

Stütze.

Meldungen erbeten an Frau **Gutsbesitzer E. Meyer, Borowo Młyn, p. Biskupice, pow. Poznań-Wschód**

Erf. Wirtin

sucht z. 15. 2. 24 Stellung evtl. Vertretung. Gute Zeugn. vorh. Gefl. Off. unt. **R. L. 5114** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Landwirtstochter wünscht sich auf mittlerem Gut oder Försterei im Haushalt zu vervollkommnen, ohne gegenseitige Vergütung, ab 15. 3. 24. Familienanschluß erwünscht. Gefl. Off. u. **H. J. 5116** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Stellengesuche

Kupferschmied

selbständig arbeitend, sucht per bald oder später Stellung. Ang. u. **5040** a. d. Geschst. d. Bl. erbeten.

Jung. Mädchen 19 J. s. Stellung als **Stuben- oder Hausmädchen,** möglichst in Poznań. Ang. u. **G. 5121** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Urbin

Der gute Schuhputz

Hersteller Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Februar 1924

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Spiralbohrer,

einige Tausend Stück infolge Liquidation weit **unter Preis** auch in kleinen Mengen abzugeben. Daselbst **Feilen, Naturstahl, Werkzeugstahl Fräser** u. **Kreissägeblätter** 400 450 600 u. 700 mm Durchmesser. **Preisofferte** auf Anfr. u. **5099** a. d. Geschst. d. Bl.

Staatlich geprüfte Lehrerin, evgl., sucht Stellung als

Hauslehrerin,

zu Kindern im Alter von 6—11 Jahren. Angebote unter **M. 5105** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Donnerstag, 31. Januar 1924. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 26.

Landwirtschaft und Vermögensteuer.

Der Hauptvorstand des Verbandes polnischer landwirtschaftlicher Vereine (Rada naczelna organizacji ziemiańskich) veröffentlicht in den polnischen Zeitungen folgende Erklärung:

„Da in der vom Pressebureau des Finanzministeriums veröffentlichten Mitteilung, in der das Verfahren für die Eintreibung der Anzahlungen auf die Vermögensteuer erläutert und die Zwangsmittel angedroht werden, die die Regierung gegenüber säumigen Steuerzahlern anwenden will, sich eine Stelle befindet, die die Annahme aufdrängt, daß das Ministerium säumige Steuerzahler nur unter den größeren Besitzern sieht („Die Regierung ist entschlossen, energische Mittel anzuwenden, nicht ausgenommen militärische Unterstützung und Einquartierung auf den Gütern der widerspenstigen Steuerzahler"), erklärt der Hauptvorstand der landwirtschaftlichen Organisationen folgendes: 1. Die Gutsbesitzer entzogen sich bisher niemals der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber dem Staat, ob es sich um ein Opfer an Besitz oder um die Einsetzung des Lebens handelte. Insonderheit kann das Finanzministerium keine Gründe haben zur Stützung der Annahme, daß sie sich jetzt der Entrichtung der Vermögensteuer entziehen wollen. 2. Im Gegenteil: die größeren Besitzer, die in weit höherem Maße mit Steuern belastet sind als andere Landwirtschaftskreise, haben bisher die ihnen auferlegten Pflichten gern und eifrig erfüllt. Ein Beweis ist selbst die Tatsache, daß die Abgeordneten und Senatoren, die aus den Kreisen der Großgrundbesitzer stammen, in den Kammern für die Vermögensteuer gestimmt haben. 3. Wenn heute das Gesetz über die Vermögensteuer Gegenstand einer öffentlichen Kritik ist, dann findet diese Kritik, die in einem konstitutionellen Staate gestattet ist, ihre Rechtfertigung in der begreiflichen Besorgnis der Besitzer von Folwarks, die, kaum ein Drittel des gesamten Landareals besitzend, von der Gesamtsumme von 500 Millionen Goldfrank mindestens 450 Millionen bezahlen sollen, während auf zwei Drittel, die im Besitz von kleinen Landwirten sind, höchstens 50 Millionen entfallen. Unter solchen Umständen und angesichts des Mangels freier Geldmittel ist die Besorgnis um die Aufbringung genügender Summen für die Steuer leicht verständlich. 4. Entgegen den von der Regierung gemachten Schwierigkeiten haben die Gutsbesitzer selbst den allein rationellen Weg gewiesen, der dazu führt, daß die Landwirte eine bestimmte Menge hochwertiger Valuta für den Staat mit Hilfe der Getreideausfuhr erlangen. Die Exporteinschreibungen verspäten sich sowohl wegen der Kürze der anfangs festgesetzten Frist als auch wegen der für das Exportgetreide festgesetzten Bedingungen, die bei den Produzenten, die nicht genügend trockenes Getreide haben, zahlreiche Bedenken verursachen. Doch ist die Verspätung der Einschreibungen kein Beweis für eine ablehnende Haltung der Gutsbesitzer gegenüber der Steuer. 5. Die in die amtliche Mitteilung aufgenommenen verfrühten Drohungen sind nicht nur als ein für die allgemeinen Kreditinteressen des Staates und sein Ansehen in der Welt schädlicher und falscher Schritt anzusehen, sondern auch als leichtsinniges und unbegründetes Unrecht gegenüber bestimmten Kategorien von Bürgern, die zum mindesten eine gleiche und unparteiische Behandlung verdienen.

Deshalb weist der Hauptvorstand der landwirtschaftlichen Organisationen ganz entschieden die aus der unvorsichtigen Abfassung der Mitteilung fließenden Unterstellungen zurück und protestiert ganz energisch gegen die Einführung demagogischer Momente in amtliche Bekanntmachungen."

Volkstümliche Philosophie.

In der Franckhschen Verlagshandlung zu Stuttgart, die weiten Kreisen durch die Herausgabe der Zeitschrift „Kosmos" und zahlreicher Bändchen gemeinverständlicher Werke naturwissenschaftlichen Inhalts bekannt ist, erscheinen seit drei Jahren Jahrbüchlein über Philosophie, Chemie, Geographie und Sternkunde; in der neuesten Folge ist dazu ein Jahrbuch der Physik gekommen; die Bändchen sind gegen 100 Seiten stark und kosten jedes 1,20 Mark.

Mir liegen die drei Jahrbüchlein über Philosophie vor. Sie zeigen auf dem Umschlag die Bilder Fichtes, Schopenhauers und Platons, im Innern auf dem ersten Blatt das Gastmahl Platons von Anselm Feuerbach, Hieronymus im Gehäuse von Albrecht Dürer und das Mittelstück der „Schule von Athen" von Raffael; außerdem bieten sie uns die Charakterköpfe eines Sokrates, Leibniz, Karl Marx, Rückert, Nietzsche, Vaihinger, Eucken, Bergson; schließlich tritt uns in freundlicher grüner Umrahmung die auf dem Burgberg bei Erlangen gelegene Akademie für Philosophie entgegen.

Dem Bildschmuck der Büchlein entsprechen natürlich die gebotenen Abhandlungen; sie gehören zum größeren Teil der Geschichte der Philosophie an, zu einem kleineren der systematischen Philosophie.

Aus dem ersteren Gebiete lernt der Philosophiebeflissene an der Hand kundiger Darsteller kennen:

Indiens Weisheit und ihren Einfluß auf Europa, die Philosophie des Sokrates und Platon, letztere noch mit Auszügen aus Platons Hauptwerk „Der Staat", worunter das berühmte Gleichnis von der Höhle; ferner die Philosophie von Meister Eckhart, Leibniz, Fichte, Schopenhauer, Eucken, Bergson, dazu wiederum Stellen aus Fichtes und Schopenhauers Werken, weiter eine kritische Darlegung des Verhältnisses von Karl Marx zum deutschen Idealismus; schließlich laden zum Nachdenken ein Sprüche von Laotse, griechischer Denker vor Sokrates, aus Epiktets Büchlein über Lebenskunst, von Blaise Pascal, Georg Christof Lichtenberg, Goethe, Rückert und Nietzsche.

Dem systematischen Philosophieren bringen Gewinn die prächtigen Einleitungsartikel: „Warum treiben wir Philosophie?", „Wie man Philosophie treiben soll?", „Vom gemeinsamen Philosophieren." Ferner die Berichte über die Religionsphilosophie, die Pädagogik und die Psychologie der Gegenwart, die Abhandlungen: „Was ist Mystik?", „Relativität und Wirklichkeit", „Fortschritt oder Untergang" (im Anschluß an Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes"), „Philosophie und Vaterland", „Eine Akademie für Philosophie", „Philosophische Gesellschaften in Deutschland."

Herausgegeben sind die drei Büchlein von Dr. August Horneffer unter Mitwirkung anderer Gelehrten; von ihm selbst stammen wohl die nichtgezeichneten Abhandlungen, also gut die Hälfte der Artikel. Der Name „Horneffer" ist in der philosophischen Welt gut bekannt; es tragen ihn zwei Brüder, Ernst (geb. 1871) und August (geb. 1875); sie sind eifrige Verfechter des Monismus, aber nicht etwa eines naturalistischen, Häckelschen Gepräges, sondern eines auf geistiger Grundlage beruhenden. Diese Grundlage suchen sie als Monisten natürlich nicht im Christentum, sondern in der antiken Kultur. Ja, Ernst H. ist einer der lebhaftesten Agitatoren für den Austritt aus der Kirche, und August H. hat durch sein zweibändiges Werk „Der Priester" (1912) gezeigt, daß er für das wahre Wesen des Christentums kein Verständnis hat; nur so ist es zu erklären, daß er im Philosophiebüchlein III, 22 am Schluß seines schönen Aufsatzes über Platon schreibt: „Platon ist ein Christ, lange vor Christi Geburt, ja vielleicht mehr als ein Christ. Denn er ist zugleich ein wahrer Hellene. In Platon schlingt sich das heidnische Altertum und das christliche Europäertum zu einem sinnvollen Ganzen zusammen." Im übrigen aber finden wir in den drei Bändchen keinen Angriff auf das Christentum, vielmehr eine so vornehme Zurückhaltung allem unbegründeten Subjektivismus gegenüber, daß man sie jedem, der wirklich gründlich philosophieren lernen will, nur empfehlen kann. Wie objektiv die Darstellung ist, geht zum Beispiel daraus hervor, daß die Absicht, Philosophie deswegen zu lernen, um die „falschen Kirchenlehren" widerlegen zu können, mit den Worten zurückgewiesen wird (II, 3—4):

„Die Wahrheit zu finden, ist freilich das Ziel der Philosophie; aber wer die Wahrheit sucht, sie also nicht in seinem Besitz hat, der kann doch nicht von vornherein wissen, ob die Kirchenlehren und Schullehren mit der Wahrheit in Widerspruch stehen."

Gegen die Als-Ob-Philosophie Vaihingers, der das Wissen von einem höchsten Wesen leugnet, heißt es (I, 28): „Vielmehr ist das klar, daß ein höchstes Wesen ist; nur in die letzten Tiefen seines Wesens vermag unser Auge nicht hinabzudringen."

Und das Schlußurteil über Vaihingers Philosophie lautet (III, 50): „Wenn der Mensch auch nur zu einem „Als-Ob" gelangt, wenn er, mit anderen Worten, die Wahrheit auch nur durch Zeichen und Gleichnisse hindurch, wie durch einen Schleier, gewahrt, so sind doch diese Zeichen und Gleichnisse selber ein Stück Wahrheit. Sie sind Wegweiser und Winke, nicht Täuschung und Betrug."

Von der Scholastik wird III, 6 gesagt: „Es fanden philosophische Wortstreite statt bei denen mit bewunderungswürdiger Dialektik und Sprachfertigkeit gekämpft wurde. Die Gegenstände, die bei diesen scholastischen Geisteskämpfen verhandelt wurden, kommen uns heute zum Teil sehr vergilbt und unnütz vor; aber dieser ausgeklügelte Gedankenkampf hat doch ohne Zweifel dazu beigetragen, die Geister frisch zu erhalten. Er führte zu einer ständigen, lebendigen Berührung zwischen den Männern und den Schulen, die sich um philosophische Dinge bemühten." Und I, 29 wird zugegeben, daß die Scholastik „den Begriff Gottes als eines persönlichen Wesens in unübertrefflicher klassischer Form ausgeprägt hat".

Treffend wird II, 20 die Verpflanzung des Buddhismus auf europäischen Boden als „ein Suchen übersättigter Menschen nach neuen religiösen Eindrücken, für die das Christentum nicht mehr genügte," gekennzeichnet.

In dem prächtigen Aufsatz über Leibniz berührt wohltuend die Stellungnahme gegen Cassirer und Kinkel, die seine Philosophie in Kantischem Sinne umdeuten wollen (II, 35 und 37).

Die Objektivität des Herausgebers ist soweit gegangen, daß er über Meister Eckhart den katholischen Priester Dr. Josef Bernhart (München) hat zu Worte kommen lassen; würden bei den Literaturangaben auch katholische Verfasser berücksichtigt worden sein, so hätten die Büchlein sicherlich noch gewonnen; ich denke hier an Kösels „Philosophische Handbibliothek", wo eine gemeinverständliche, gründliche „Einleitung in die Philosophie" von Endres erschienen ist, an die philosophischen Bändchen der „Sammlung Kösel" und an Kiefl's Leibniz (Weltgeschichte in Charakterbildern).

Domherr Prof. Dr. A. Steuer.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 30. Januar.

Wichtig für Ausgewiesene.

Die deutsche Sejmfraktion bittet uns, folgendes mitzuteilen:

„Die deutsche Fraktion bittet diejenigen ausgewiesenen Deutschen, welche glauben auf die polnische Staatsangehörigkeit Anspruch machen zu können, um Angabe ihrer Adresse und kurze Schilderung des Sachverhaltes, damit sie in der Lage ist, ihre Ansprüche vor den Warschauer Behörden zu vertreten. Mitteilungen werden erbeten an die Fraktion in Warschau (Anschrift: Zjednoczenie Niemieckie w Sejmie, Warszawa) oder an die Geschäftsstellen in Pommerellen und Posen."

Kein neuer Posttarif.

Für die Zeit vom 1.—15. Februar gelten die gleichen Postgebühren wie für die zweite Hälfte des Januar, da der Goldfranken eine Stabilisierung erfahren hat.

Maßnahmen gegen unerlaubte Grenzüberschreitungen.

Angesichts der vielen Fälle unerlaubter Überschreitungen der Landesgrenzen hat das Außenministerium eine vorläufige Anweisung über die Behandlung solcher Personen durch die polnischen Konsulate erlassen. Falls sich eine Person nach unerlaubter Grenzüberschreitung bei einem Konsulat meldet, hat dieses bei dem zuständigen polnischen Verwaltungsamt erster Instanz anzufragen, ob außer dem Grenzvergehen noch andere Hindernisse der Erteilung eines Passes entgegenstehen. Wird dies verneint, so kann die Außenvertretung einen Paß zu weiterem Aufenthalt außerhalb der polnischen Landesgrenzen ausstellen. Gleichzeitig aber hat das Konsulat — neben der Gebühr für den soeben erteilten Paß — ein Strafgeld in Polenmark oder im Gleichwert einer fremden Währung in Höhe der Paßgebühr, die von den Landesbehörden bei Ausstellung eines ordentlichen Auslandspasses erhoben worden wäre, einzuziehen.

Gerichtsdeposite in Fremdvaluten. Auf Anordnung des Finanzministeriums sollen Gerichtsdeposite in Fremdwährungen „in Natura" aufbewahrt und gegebenenfalls den Eigentümern in derselben Form ohne Ein- bzw. Umwechselung zurückgegeben werden.

× **Keine Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.** Die Straßenbahn hat, entgegen der gestrigen Mitteilung, den Preis für die einfache Fahrt vom 1. Februar ab nicht erhöht; er bleibt mit 250 000 Mk. wie bisher. Der Preis für die niedrigste Straßenbahnmonatskarte beträgt vom 1. Februar ab 14 670 000 Mk.

× **Bei der Krankenkasse der Stadt Posen tritt mit dem** 1. Februar ein Zusatz 15 des Krankenkassengesetzes der Stadt Posen, betr. die gesetzlichen Gehälter von 475 000 bis 21 500 000 M. täglich, die für die Festsetzung der Höhe der Geldhilfsmittel wie Beiträge maßgebend sind, in Kraft. Dieser Zusatz kann in den Bureauräumen der Krankenkasse, ul. Pocztowa Nr. 8 (fr. Friedrichstraße) in Empfang genommen werden. Gleichzeitig werden die Arbeitgeber zur Angabe der Gehälter ihrer versicherten Angestellten, spätestens bis zum 10. Februar, aufgefordert.

Eine Besprechung der Pensionsmütter fand am gestrigen Dienstag statt. Sie war, wie man uns schreibt, wieder außerordentlich reich besucht. In Anbetracht der so stark gestiegenen Lebensmittelpreise und der Tatsache, daß für den vergangenen Monat der Pensionspreis bei weitem nicht den Teuerungsprozenten entsprechend festgesetzt war, müssen die Pensionsmütter leider noch eine Nachzahlung von 8 bis 10 Millionen erbitten, weil sie sonst den vergangenen Monat mit Rückständen abschließen müßten. Für den neuen Monat wurde als Zahlungswert der Valorisationsfrank zugrunde gelegt. Die Pensionsmütter hoffen, daß sie durch die Annahme dieses Zahlungsmittels auch endlich einmal vor der großen Geldentwertung geschützt werden.

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Berndt.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Nun — Herr Mergener hat gestern abend ein Pfund bei mir gekauft."

Heimholtz blieb stehen.

„Wann?"

„Gestern abend — um sieben, er sah sehr erregt aus."

„Kaufte er öfter so etwas?"

„Niemals — das erste Mal, daß er meinen Laden betreten."

„Das ist allerdings vielleicht wichtig."

„Ich habe hier ein paar mitgebracht von der Sorte, die er gekauft hat."

„Sehr schön, danke. Sie haben uns vielleicht einen Dienst geleistet."

Stolz ging Frau Egler wieder in ihre Konditorei hinüber. Sie wußte, daß alle gesehen hatten, wie Sie mit dem Amtsrichter sprach und er ihr dankte. Sie wußte, nun wurde heute der Laden nicht leer.

Die Herren saßen in des Amtsrichters Zimmer.

„Aber das ist ja ein furchtbares Verbrechen! Die armen Dinger! Und Sie glauben bestimmt, daß der Apotheker . . .?"

„Herr Landgerichtsrat, da ist gar kein Zweifel; Herr Staatsanwalt, das ganze Plädoyer ist schon fertig!"

Der Staatsanwalt hatte etwas indigniert die Schultern gezogen.

„Nur nicht voreilig, Herr Kollege!"

„Darf ich Ihnen erzählen? Also, die Damen waren Mutter und Tochter. Fräulein Grete Gerhardt ist die einzige Erbin des verstorbenen Millionärs Gerhardt und Besitzerin des Rittergutes Hellrungen."

„Wie alt?"

„Sechzehn!"

„Teufel, ein netter Goldfisch!"

Apotheker Mergener ist ihr Vetter. Wäre Grete Gerhardt allein gestorben, hätte er sich mit der Mutter in den Nachlaß geteilt; nun auch die Mutter tot ist, bleibt Mergener der einzige Erbe. Die Mutter war als geschiedene Frau erst Nacherbin ihrer Tochter."

„So plump — er mußte sich doch sagen —!"

„Mergener ist lange in den Tropen gewesen und leidet an Jähzornsanfällen, die bis zur Tobsucht ausarten. Wie mir Fräulein von Wehrhahn, die Erzieherin auf Hellrungen, erzählte, war Mergener gestern im Schloß und hatte im Park eine Unterredung mit Grete Gerhardt. Zum Schluß muß er einen Wutanfall gehabt haben. Ich nehme an, daß der in schlechten Verhältnissen lebende Mergener, der unaufhörlich von Gläubigern gedrängt wurde, sie um Geld bat, was sie ihm wohl verweigerte. Sie war ja auch von ihrem Vormund überaus kurz gehalten und verfügte selbst über nichts. Dann stürzte Mergener wütend an Fräulein von Wehrhahn vorbei, und Grete Gerhardt lag in Schreikrämpfen, von denen sie sich nicht wieder erholen konnte. Dann mußte noch in der Nacht Herr Dr. Cromer geholt werden, der eben das Morphium verschrieb. Inzwischen war Mergener wütend in die Dorfschenke von Hellrungen gestürzt und trank dort hastig eine Menge Kognak. Dort hat ihn Gendarm Hintermüller gesehen und später gehört, wie er, die Chaussee entlangtaumelnd, laut schimpfte und drohte, er würde Fräulein Gerhardt ermorden — er würde sie vergiften — es wäre nicht die erste — —"

„Na, na!" machte der Landgerichtsrat, und Gendarm Hintermüller trat vor.

„Wahrhaftig, das hat er gesagt."

Amtsrichter Heimholtz winkte ihm, zu schweigen.

„Ganz von der Hand zu weisen ist das nicht. Er war in Brasilien und Argentinien und scheint da in der Tat in eine böse Affäre verwickelt gewesen zu sein, wenigstens kamen in der ersten Zeit allerhand Anfragen von der Staatsanwaltschaft in Rio de Janeiro."

„Und trotzdem hatte der Mann die Apotheke?"

„Die Sache ist wohl niedergeschlagen."

„Also — —"

„Also, nachdem er die Drohungen ausgestoßen hatte, ging er nach Hause und veranlaßte ohne jeden Grund seinen Gehilfen, den er bis zum Monatsende verpflichtet hatte, sofort, an demselben Abend abzureisen, schickte auch den Hausdiener fort, wollte also sicher allein sein. In derselben Nacht wurde das Morphiumpulver geholt —"

„Das konnte er doch nicht wissen."

„Gewiß nicht, das war ein unglückseliger Zufall oder vielmehr ein direkter Fehler des Dieners. Fräulein von Wehrhahn hatte schon eine Abneigung gegen Mergener und hatte dem Kutscher ausdrücklich befohlen, nach der Apotheke des etwas entfernteren Nachbarstädtchens Rinkhausen zu fahren, aber der Mann war zu bequem und fuhr zu Mergener. Da war das eine gute Gelegenheit —"

„Sie haben die Todesursache einwandfrei festgestellt, Herr Doktor?"

„Bei Fräulein Gerhardt nach meiner Meinung eine kolossale Dosis Morphium — bei Frau Gerhardt allem Anschein nach eine Arsenikvergiftung mittels vergifteter Pralinees. Die etwas beschränkte Frau hat offenbar in der Nacht von den für die Tochter bestimmten Pralinees gegessen."

„Pralinees?"

„Und jetzt eben, als wir eintraten, teilte mir Frau Konditor Egler mit, daß Mergener gestern abend in sehr erregtem Zustand bei ihr ein Pfund Pralinees gekauft und, wie sie sagt, dabei zum ersten Mal ihren Laden betreten hat. In der Nacht hat er dem Diener, der das Morphium holte, ein Päckchen, in dem wahrscheinlich die Pralinees waren, mit einer Empfehlung für Fräulein Gerhardt mitgegeben."

„Merkwürdig!"

(Fortsetzung folgt.)

Die Höhe der Pension für den Monat Februar wurde auf 50 bis 55 Valorisationsfrank bestimmt. Das entspricht augenblicklich einer Summe von 95 bis 100 Millionen und würde eine Erhöhung des Pensionspreises um rd. 50 Proz. bedeuten, während die tarifmäßige prozentuale Erhöhung 200 beträgt. Heizung, Beleuchtung und sonstige Auslagegelder bleiben wie bisher.

Historische Gesellschaft. Die Historische Gesellschaft nimmt mit dem neuen Vereinsjahr ihre monatlichen wissenschaftlichen Sitzungen wieder auf. Die für Januar geplante Sitzung, auf der Herr Regierungsrat Kohte-Charlottenburg, der Verfasser des Verzeichnisses der Kunstdenkmäler der Provinz Posen, berichten sollte, muß wegen Verschiebung seiner Reise auf Freitag, den 8. Februar, verlegt werden. Herr Kohte wird über das Thema sprechen: „Die Kunstdenkmäler Kongreßpolens und die wissenschaftlichen Arbeiten unter dem Generalgouvernement Warschau". Der Vortragende wird dabei eine größere Anzahl Photographien vorzeigen. Die Sitzung, bei der nur Mitglieder der Historischen Gesellschaft und von ihnen persönlich eingeführte Gäste Zutritt haben, findet in der Weinabteilung des Café Bristol an dem genannten Tage, abends 8 Uhr, statt. Der Eintritt ist frei, die Mitglieder wollen sich zahlreich einfinden, um den um die Heimatgeschichte verdienten Forscher in Posen zu begrüßen. — Am Dienstag, dem 12. Februar, wird die diesjährige Hauptversammlung der Historischen Gesellschaft stattfinden, auf die bereits hingewiesen wurde. Nach dem geschäftlichen Teile wird Herr Dr. Swart einen Vortrag über das Thema halten „Polen im Lichte der Statistik". Die Sitzung, an der ebenfalls nur Mitglieder und von ihnen eingeführte Gäste Eintritt haben, wird gleichfalls in der Weinabteilung des Café Bristol stattfinden.

Der Deutsche Theaterverein wiederholte am Dienstag seine Aufführung von Schillers „Kabale und Liebe". Daß auch diese zweite Aufführung den großen Saal des Zoologischen Gartens fast bis auf den letzten Platz füllte, ist ein Beweis für das starke Interesse, das das hiesige deutsche Publikum auch solchen ernsten Theateraufführungen entgegenbringt. Es ist zu hoffen, daß der Theaterverein sich dadurch angespornt fühlen wird, seine dankenswerte und mit so großem Idealismus begonnene Arbeit fortzusetzen.

Der Geiger Wacław Kochański gibt sein schon angekündigtes Konzert am Donnerstag, dem 31. Januar, 8 Uhr abends im Evangelischen Vereinshaus. Von Herrn Prof. Mikłaszewski begleitet, wird er Werke von Bach, Brahms, Chaminade, Debussy, Francoeur, Granados, Milandre, Rameau, Schubert und das Violinkonzert C-moll von Tor Aulin spielen. Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol).

X Diebstähle. Gestohlen wurden in den letzten Tagen im Hause Wielkie Garbary 40 (fr. Gr. Gerberstraße) zwei 40 Zentimeter hohe und 22 Zentimeter breite Treppenaufgangsfenster mit Milchglas; vom Grundstück Droga Dębińska 7 (fr. Eichwaldstraße) 12 Geviertmeter Holzzaun im Werte von 40 Millionen; vom Haupteingange des Torweges der Centrala Skór an der Grochowe Łąki 4 (fr. Südstraße) eine Tür im Werte von 150 Millionen Mk.; aus einem Papierwarenladen in der Św. Marcin 61 (fr. St. Martinstraße) Papiermaterialien und ein Scheck über 40 Millionen Mk. im Gesamtwerte von 840 Millionen Mk.; aus einer Wohnung in der ul. Matejki 66 (fr. Neue Gartenstraße) verschiedene Damenkleider, ein Herrenmarengomantel, Wäschestücke, 2 goldene Halsketten, 2 goldene Kettenarmbänder, eine altertümliche Brosche und eine Lorgnette im Gesamtwerte von fast 2½ Milliarden Mark; aus einem Geschäft in der ul. Głogowska 104 (fr. Glogauer Straße) 4 Damenkleider im Werte von 150 Millionen Mark.

X Polizeilich festgenommen wurden gestern 6 Diebe, 2 Bettler, 5 Betrunkene und 14 Dirnen.

☐ Birnbaum, 28. Januar. In dem Dorfe Głożewo wurde der 51 Jahre alte Landwirt Giering das Opfer einer Blutvergiftung, die er sich durch das Aufkratzen eines Armpickelchens zugezogen hatte. Der dem Tode bereits Verfallene hat noch bei klarem Bewußtsein seinen letzten Willen kundgetan und war etwa eine halbe Stunde nach der Abfahrt des Richters eine Leiche.

* Inowrocław, 29. Januar. Heute in den frühen Morgenstunden wurden, wie der „Kuj. Bote" meldet, dem 18jährigen Kazimierz Pietrzak, Synagogenstraße 15 wohnhaft, auf der Strecke Montwy—Inowrocław beim Kohlenstehlen beide Beine bis zum Knie vom Eisenbahnzuge abgefahren. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins hiesige Kreiskrankenhaus übergeführt.

☐ Rawitsch, 29. Januar. Zur Vorbereitung auf die am 29. Februar stattfindende Hundertjahrfeier der Berliner Missionsgesellschaft fanden gestern und heute hier Missionsversammlungen statt. Auf eine Sitzung des Landesverbandsvorstandes, in der hauptsächlich die Frage einer würdigen Begehung des Jubiläums in allen uniert-evangelischen Gemeinden Polens besprochen wurde, folgte ein Gottesdienst in der Kirche, bei dem Pastor Diestelkamp aus Inowrocław die Predigt und Pastor Mahler aus Czempin einen Bericht über die Vergangenheit der Berliner Mission hielt. Der unter Leitung des Studienrats Schulz stehende Kirchenchor gab der kirchlichen Feier eine reiche musikalische Ausstattung. Heute morgen wurden zuerst vor der deutschen Schuljugend von den Pastoren Bertheau aus Wollstein und Mahler Missionsvorträge gehalten. Darauf folgte eine zweite Gemeindeversammlung im Pfarrhaussaale. Ihr Verlauf war der, daß nach einer biblischen Ansprache des Pastors Weinhold aus Schreibersdorf Pastor Büchner aus Posen über neue Strömungen auf verschiedenen Missionsfeldern vortrug und Pastor Mahler mit einem warmen Aufrufe an die Gemeinde den Schluß machte. — Die Beteiligung der Gemeinde war über Erwarten stark, die von auswärts gekommenen Gäste fanden in evangelischen Bürgerhäusern freundwillige Aufnahme. Die ganze durch den Ortspfarrer Stubent wohlvorbereitete Tagung zeigte, daß evangelische Gemeinden mit regem geistlichen Leben auch in schwerer Zeit und selbst im harten Winter Feste zu feiern verstehen.

☐ Samter, 29. Januar. Ausgewiesen wurde aus dem hiesigen Kreise u. a. der Müller Otto Michler aus Miescisk, ein Optant.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. D. 1001. Eine gesetzliche Bestimmung, nach der eine Schuldforderung in vollem Goldmarkwerte zurückzuzahlen wäre, gibt es nicht. Der Gläubiger kann eine derartige Begleichung der Schuld nicht erzwingen. Durch die Ausführung Ihrer Absicht, ihm den 10 000fachen Betrag in polnischer Mark zu bezahlen, würden Sie unseres Erachtens die Schuld der jetzigen Zeit entsprechend ausgleichen.

G. R. P. Es ist jedem Leser unserer Zeitung erlaubt, sich an der Lösung des Silbenrätsels zu beteiligen. Das dürfte eigentlich als selbstverständlich von jedem unserer Leser vorausgesetzt werden.

Frau F. von M. 1. Zuständig zur Erteilung des italienischen Sichtvermerks ist für Sie als polnische Staatsbürgerin deutscher Nationalität das italienische Konsulat in Warschau. Es kann unseres Wissens aber auch vom italienischen Konsulat in Berlin erteilt werden. 2. Für die Durchreise ist das österreichische Visum keinesfalls erforderlich. 3. Besondere Papiere sind außer den für den polnischen Paß erforderlichen nicht notwendig.

Bl. in B. In Ihrer Steuerangelegenheit teilen Sie das Los so vieler Schicksalsgefährten. Leider sind wir nicht in der Lage, Ihnen irgend einen anderen Rat zu erteilen als den, daß Sie mit allem Nachdruck gegen Ihre zu hohe Veranlagung unter Beifügung der Beweisinstrumente protestieren. Da das bereits mehrere Mal geschehen ist, Sie aber bisher ohne Bescheid geblieben sind, empfehlen wir Ihnen, die in Frage kommenden Stellen unter Hinweis auf die Ihnen aus der Nichterledigung der Einsprüche sich ergebenden Mißlichkeiten um Beschleunigung des Verfahrens zu bitten.

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

≡ **Beginn der Zeichnung zur Goldnotenbank.** Aus Warschau wird gemeldet, daß in der Landesdarlehnskasse die Subskription auf Aktien der Emissionsbank am Dienstag begonnen hat. Die Subskriptionstendenz war rege. In der Provinz soll die Subskription in der zweiten Hälfte der nächsten Woche beginnen.

≡ **Dieser Tage erhielt die Landesdarlehnskasse** 205 000 Pfund Sterling, die aus England für ausgeführten Zucker eingingen.

≡ Eine Dollar-Prämienanleihe. Der Ministerrat ermächtigte den Ministerpräsidenten, dem Staatspräsidenten einen Verfügungsentwurf über die Emission der ersten Serie einer Dollar-Prämienanleihe zur Genehmigung vorzulegen. Auf Grund dieser Verfügung wird der Finanzminister ermächtigt sein, die erwähnte Serie in Höhe von 5 Millionen Dollar der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit zweijähriger Laufsrist vom Datum der Emission an zu emittieren. Der Prozentsatz beträgt 5 Prozent jährlich. Die erwähnte Serie hat ihre Sicherung im ganzen Vermögen und in sämtlichen Einkünften der Republik. Der Verkauf der ersten Serie wird nur gegen ausländische Valuten, die in der Verfügung des Finanzministers aufgeführt werden, vor sich gehen. Von den Obligationen der ersten Serie der Dollar-Prämienanleihe werden Gewinne in der Gesamthöhe von 400 000 ausgezahlt. Die Obligationen werden mit den Gewinnen zur Fälligkeitsfrist in Dollarvaluta ausgezahlt. Die Auszahlung kann auf Verlangen der Obligationsinhaber in polnischer Valuta auf folgende Weise erfolgen: a) Bis zur Einführung der neuen Valuta nach dem Goldfranckurse, der am Tage der Auszahlung gilt, wobei der Dollar gleich 5,18 Goldfranc angenommen wird. b) Nach Einführung der neuen Valuta nach dem Scheckkurse auf Neuyork an der Börse in Warschau vom Vortage der Auszahlung. Die Obligationen der Dollaranleihe sind mit sämtlichen Rechten mündelsicherer Papiere ausgestattet und können zur Anlage von Kapitalien unter Vormundschaft und Kuratel stehender Personen, von Fonds- und Kirchenkapitalien, Kapitalien öffentlicher Körperschaften, zivilen und militärischen Kautionen, sowie Depositen benutzt werden. Der Termin der Emissionseröffnung, die Stelle und die Art des Verkaufs der Obligationen, die Höhe der Abschnitte, die Art der Zinsenauszahlung, der Losungsplan, die Vorschriften über die Verteilung der Gewinne und über die Auszahlung, werden vom Finanzminister bestimmt.

≠ **Lodz, 27. Januar.** Der empfindliche Bargeldmangel und der damit verbundene allgemeine Stillstand, sowie die Anzahlungen auf die Vermögenssteuer wirken auf die Börse dahin, daß völlige Ruhe herrscht. Das Angebot verursacht bei Mangel an Nachfrage schwache Tendenz. In Handelskreisen nimmt man an, daß in der nächsten Woche eine Besserung eintreten wird.

Wirtschaft.

© **Von der polnisch-oberschlesischen Hüttenindustrie.** Das neue Fabrikationsprogramm der polnisch-oberschlesischen Hüttenwerke für 1924 ist in erster Reihe auf die vermehrte Herstellung von Qualitätsware gerichtet. Die Produktion oberschlesischer Spezialerzeugnisse (die im Auslande bisher Anklang gefunden haben) soll erweitert werden, damit die oberschlesische Eisenindustrie auf dem Weltmarkte wieder wettbewerbsfähig wird.

Von den Märkten.

Baumaterialien. Posen, 29. Januar. Nachdem bis Ende v. Js. der Absatz in Baumaterialien noch ein verhältnismäßig flotter war, ist im neuen Jahre ein ziemlicher Stillstand auf allen Gebieten eingetreten. Besonders ungünstig wird das Geschäft durch die gewaltig erhöhten Frachten beeinflußt. Speziell bei Mauersteinen ist das Frachtverhältnis infolge der Schwere des Steines ein äußerst ungünstiges, und im Januar d. Js. hat man teilweise für Mauersteine auf rd. 100 Kilometer Entfernung zehnmal mehr Fracht zahlen müssen, als im Dezember v. Js. Dies erschwert natürlich außerordentlich einen flotten Absatz. Die Ziegelsteinbesitzer legen ihre Preise jetzt fast durchschnittlich auf Basis des valorisierten Goldfrank fest, und eine andere Kalkulation ist heute auch gar nicht möglich. Die Preise selbst schwanken außerordentlich. Man kann es heute zum Beispiel erleben, daß für ein und denselben Artikel manchmal der halbe, resp. der doppelte Preis gefordert wird. Meist hängt es davon ab, in welcher Geldkalamität sich die betreffende Ziegelei befindet. Als ungefähre Tagespreise im Posener Bezirk rechnet man heute: für Mauersteine 40—45 Goldfr. pro Mille ab Verladestation, für Biberschwänze 70—90 Goldfr. pro Mille ab Verladestation. Baustückkalk wird mit 1,80—2 Goldfr. pro Ztr. ab Kalkwerk gehandelt. Portland-Zement aus den kongreßpolnischen Werken notiert heute 9.50 Goldfr. für 100 Kg. ab Zementfabrik. Es ist zu hoffen und im Interesse der Industrie und des Großhandels zu wünschen, daß sich die Bautätigkeit auch in der fr. Provinz Posen bald heben möchte. Während im vorigen Jahre Kongreßpolen bedeutendes Absatzgebiet für die hiesigen Ziegeleierzeugnisse war, geht dieses Absatzgebiet für die hiesige Ziegelindustrie immer mehr verloren, denn einerseits ist indessen die eigene Ziegelindustrie in Kongreßpolen wieder rege in Betrieb gesetzt worden, und andererseits erschweren die kolossalen Frachten die Konkurrenzmöglichkeit.

Holz. Bromberg, 28. Januar. (In Millionen Mkp. pro Festmeter.) Kiefernrundhölzer 28, Eiche 38, Kiefernschnittmaterial für Tischler 92, Kanthölzer 68, Eichenes Tischlermaterial 96, Bauholz 32. Tendenz schwach. Geringe Umsätze.

Edelmetalle. Warschau, 28. Januar. (In 1000 Mkp. für 1 g fein im freien Verkehr.) Gold 6700, Silber 210, Platin 35 000. 1 Goldrubel 5850, Silberrubel 3700—3800, Bilon 1550.

Produkten. Chicago, 28. Januar. (Cents pro bsh.) Weizen (Mai) 109 (Juni) 107.37. Mais (Mai) 79.25. (Juni) 79.50. Hafer (Mai) 47.87. (Juni) 45.50. Roggen (Mai) 73.25, (Juni) 74.50. — Hamburg, 28. Januar. (In Goldmark.) Weizen 158—160, Roggen 134—138, Hafer 116—118. Wintergerste 152—156. Sommergerste 160—169, Mais 169—174.

Metalle. Berlin, 29. Januar. (Für 1 kg in Goldmark.) Raff. Kupfer 1.07—1.08. Orig. Hüttenweichblei 0.54—0.56. Orig. Hüttenrohzink 0.62—0.63. Remelted Plattenzink 0.51—0.53. Orig. Aluminium (98—99%) Barren und Blöcke 2.00, Walz- und Drahtbarren 2.10, Zinn (Banka, Straits, Austral.) 4.50—4.55, Hüttenzinn (99%) 4.40—4.55, Reinnickel 2.30—2.40, Antimon Regulus 0.67—0.69, Silber in Barren (900 fein für 1 kg) 87.50—88.00.

Altmetalle. Berlin, 28. Januar. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Altkupfer 97—103, Altrotguß 87—95. Messingspäne 56—62, Gußmessing 60—72, Messingabfälle 90—98. Altzink 30—40, neue Zinkabfälle 46—48, Altweichblei 40—44, Alumin., Blechabfälle 160—175. Lötzinn 165—175.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 23. Januar. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Aluminiumbleche, Drähte, Stangen 2[illegible]0, Aluminiumrohr 400. Kupferbleche 180, Kupferdrähte, Stangen 165, Kupferrohre o. N. 195, Kupferschalen 2[illegible]0, Messingbleche, Bänder, Drähte 147.—, Messingstangen 109.—, Messingrohre o. N. 155.—, Messingkronenrohr 175, Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 185, Neusilberbleche, Drähte, Stangen 275, Schlaglot 180.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 29. Januar 1924.** Die heutige Börse zeigt wieder überwiegende Schwäche. Der Dollar sinkt auf 9.6 M., das engl. Pfund auf 41.3 M. Für den Goldfrank wird der Kurs von 1.901 M. festgestellt, für den Schweizer Frank von 1.675 M. Von den Staatspapieren wird die Prämienanleihe (Miljonówka) mit 400 000, die Goldanleihe mit 10 M., die Złotybons mit 1.45 M. und die Dollaranleihe mit 6.2 M. gehandelt. An der Effektenbörse hat sich die Kauflust etwas gebessert. Einzelne Papiere befestigen ihren Kurs, verschiedene haben einige Kursaufbesserungen zu verzeichnen. Es notieren Bankwerte: Dyskontowy 15.15 M., Handlowy 14 M., Kredytowy 1.5 M., Spółdzielczy 27.5 M., Zachodni 5.25 M., Zw. Sp. Zarobk. 18.5 M.; Industriewerte: Sole Potasowe 29 M., Kiejewski 18 M., Puls 1.325 M., Spieß 4.4 M., Strem 67.5 M., Welt 2.5 M., Wildt 600, Chodorow 24 M., Michałow 5.2 M., Cegielski 2.45 M., Tow. Fabr. Cukru 15 M., Warsz. Kop. Węgla 20.5 M., Fitzner & Gamper 29 M., Rau 2.9 M., Modrzejow 39 M., Ortwein 1.375 M., Starachowice 15.25 M., Ursus 4.125 M., Żyrardów 950 M., Haberbusch 14.5 M., Polska Nafta 2.5 M., Nobel 5.25 M., Spiritus 11 M., Ćmielów 7.5 M., Brown Boveri 3.5 M., Marynin 3.2 M., Zieleniewski 53 M.

≠ **Warschauer Börse vom 28. Januar** (Markt der nichtnotierten Werte). Czybe 53 000, Kujawy 110 000, Zbiersk 4500, Kruszy 150 000, Pruszków 1100, Elektrownia na Sanie 650, Gazy Ziemne 9[illegible]000, Jaworzno 9[illegible]000, Kauczuk 700, Lokomotywy 9000, Nitrat 1600, Opalówek 1100, Machlejd 6000, Hurt. Opakowa 210, „Westrich" 100 000, T. Krafft 3600. Przemysł Terpentynowy w Polsce 2200—2100. Zakłady Górnicze „Polpro" 2000. S. A. M. Haaiski 6400, Sarniańska Huta Szklana 100, Zakł. Ogr. C. Ulrich 3000, Lechia 850.

≠ **Die P. K. K. P. zahlte am 28. 1. 24** (in 1000 M'p) für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 5019 (3313.6), Mark 2322 (926), österr. Krone 1974.8 (773.2) latein. Münzeinheit 1880.9 (773.2), Dollar 9750 (4455.9), Pfund Sterling 47 442 (sh. 985.5), türkisches Pfund 42 752, schwedische Krone 2612.4 (1111.2), holländischer Gulden 3918.6 (1750), österreichische Dukaten 22 301 (fl. 2067.5), belgische und holländische Dukaten 22 249, 1 g Feingold 6479.2 (185.2).

≠ **Die poln. Mark am 28. Januar. Danzig:** 0.678—0.682 (Parität: 1 471 000) Auszahlg. Warschau 0.598—0.602 (Parität: 1 667 500). **London:** Ausz. Warschau 0.0000024 (Parität: 41.5 Millionen). **Wien:** 71—81 (Parität: 14 195). **Prag:** Auszahlg. Warschau 3.90—4.10 (Parität: 303 500). **Zürich:** Ausz. Warschau 0.000005 (Parität: 200 0000).

≠ **Berliner Börse vom 29. Januar.** (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1 556 075,** Brüssel 173 565, Christiania 558 600, Kopenhagen 671 318, Stockholm 1 1 3 285, Helsingfors 104 737, Italien 184 288, **London 17 995 800, Neuyork 4 189 500,** Paris 195 510, **Schweiz 724 185,** Spanien 528 675, Japan 1 865 325, Wien 59 351, Prag 120 946, Jugoslawien 47 979, Budapest 144 138, Bulgarien 30 174.

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 28. Januar. Freiverkehr.** (In Millionen, poln. in 1000 Mk.) Auszahlung: Bukarest 21 168 G., 21 382 B., Riga 793 950 G., 813 050 B., Reval 10 395 G., 10 6[illegible]5 B., Kowno 430 750 G., 429 250 B., Kattowitz 419 G., 431 B. — Noten: polnische 390 G., 410 B., lettische 741 000 G., 779 000 B., estnische 9900 G., 10 450 B., litauische 409 500 G., 430 500 B.

≠ **Züricher Börse vom 28. Januar.** (Amtlich.) Neuyork 5.793/8, London 24.57, Paris 26.20, Wien 0.008125, Prag 16.7625, Mailand 25.175, Brüssel 23.80, Budapest 0.0205, Helsingfors 14.50, Sofia 4.10, Amsterdam 215, Christiania 79.50, Kopenhagen 93.75, Stockholm 150.50, Madrid 73.50, Bukarest 2.90, Berlin 1.35, Belgrad 6.60, Athen 11.25, Konstantinopel 3.07.

≠ **Die Goldmark in Polen,** errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 30. Januar 1924 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 2 269 500 Mkp.

≠ **Danziger Dollarparität,** errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 30. Januar 1924. 1 Dollar in Polen = 9 850 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 2 345 000 Mkp.

Warschauer Vorbörse vom 30. Januar.

Dollar 9 500 000—9 535 000. Engl. Pfund 40 550 000. Schweizer Franken 1 640 000. Französischer Franken 410 000.

≠ **Valorisierungsfrank für den 31. Januar 1 900 000 Mkp.**

Warschauer Börse vom 29. Januar.

Devisen:

Belgien	403 000—400 000	Paris	420 000—410 000
London	42 000 000—42 200 000 —41 300 000	Prag	278 750—273 425
		Schweiz	1 700 000—1 675 000
Neuyork	9 700 000—9 650 000	Wien	136 75—136 00
Holland	3 580 000	Italien	425 000—422 000
Goldfrank	1 901 000	Złotybons IIa	1 400 000—1 450 000

Danziger Mittagskurse vom 30. Januar.

1 Million poln. Mark .... 0,60 Gulden
1 Dollar .... 5,91 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 30. Januar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen	33 000 000—36 000 000	Peluschken	21 000 000—24 000 000
Roggen	21 500 000—22 500 000	Seradella	18 000 000—22 000 000
Weizenmehl	61 000 000—64 000 000	Wicken	21 000 000—23 000 000
Roggenm.	39 000 000—42 000 000	Felderbsen	24 000 000—27 000 000
Gerste	20 000 000	Vikt.-Erbsen	30 000 000—36 000 000
Braugerste	21 000 000—23 000 000	Roggenstr. lose	3 000 000—3 500 000
Hafer	21 000 000—23 000 000	„ gepr.	5 400 000—6 800 000
Weizenkleie	13 000 000	Heu, lose	6 000 000—6 500 000
Roggenkleie	11 000 000	„ gepr.	10 500 000—12 000 000

Geldmangel erschwert die Umsätze. — Tendenz: schwächer.

Posener Viehmarkt vom 30. Januar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 191 000 000 M., II. Sorte 165 000 000 bis 170 000 000 M., III. Sorte 130 000 000—140 000 000 M. — Kälber: I. Sorte 150 000 000—160 000 000 M., II. Sorte 140 000 000 M., III. Sorte 120 000 000—130 000 000 M.

II. Schweine: I. Sorte 210 000 000—212 000 000 M., II. Sorte 194 000 000—200 000 000 M., III. Sorte 174 000 000—180 000 000 M.

III. Schafe II. Sorte 140 000 000 M., II. Sorte 120 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 39 Ochsen, 194 Bullen, 261 Kühe, 265 Kälber, 2075 Schweine, 125 Schafe, 4 Ziegen. — Tendenz: ruhig; Rindvieh und Schweine nicht ausverkauft.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.